

PRESSESCHAU



März 2025

Gegen Rechtsextremismus

BD kritisiert „einseitigen Wahlaufruf“

01.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Bremerhaven. Die Geschäftsstelle des Migrationsrats (MiRa) hatte Mitglieder zur Bundestagswahl aufgerufen mit Aufforderung, Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Bündnis Deutschland BD kritisiert das als Verletzung der Neutralitätspflicht und Chancengleichheit. „Es wurde einseitig aufgerufen, sich gegen Rechtsextremismus zu entscheiden. Die zugelassenen Parteien in Bremen schließen auch die in anderen Ländern als linksextremistisch eingestufte Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ein“, so Fraktionsvorsitzende Julia Tiedemann.

„Durch Fokussierung auf Rechtsextremismus ignoriert das Sozialreferat Neutralitätsgebot der Behörden. Wir fordern Aufklärung der Mitarbeiter, haben eine Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.“

„Durch Fokussierung auf Rechtsextremismus ignoriert das Sozialreferat Neutralitätsgebot der Behörden. Wir fordern Aufklärung der Mitarbeiter, haben eine Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.“ Vom Magistrat wird Stellungnahme gefordert. (pm/lit)

04.03.2025, WESER-KURIER (Titelseite)

Nach 100 Straftaten abgetaucht

Jugendlicher Serientäter aus dem Maghreb ist vom Radar der Behörden verschwunden

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Ein damals 14-jähriger Junge aus dem Maghreb, der im Frühjahr 2024 mit einer erschreckend langen Liste von Straftaten Schlagzeilen gemacht hat, ist vom Radar der Bremer Behörden verschwunden. Zuvor hat er den 95 bereits verübten Delikten noch fünf weitere hinzugefügt, sodass ihm nun insgesamt 100 Straftaten zugeschrieben werden. Der aktuelle Aufenthaltsort des Jugendlichen ist dem Senat unbekannt, wie es in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland (BD) heißt.

Der nordafrikanische Jugendliche war als unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) nach Bremen gekommen. In solchen Fällen übernimmt üblicherweise das Jugendamt die Vormundschaft. Aus staatlicher Obhut heraus beging der 14-Jährige dann reihenweise Straftaten. Öffentlich wurde der Fall, als der Junge im Februar 2024 gemeinsam mit drei anderen nordafrikanischen Jugendlichen im Alter von 15 beziehungsweise 17 Jahren im Ostertor mehrere Passanten bestahl und dabei gestellt wurde. Die Polizei fand bei der Gruppe Beutestücke und Pfefferspray. Wie sich herausstellte, war der

14-Jährige zu diesem Zeitpunkt bereits mit 94 anderen Taten in polizeilichen Datenbanken registriert. Das Spektrum der Delikte reichte von Diebstahl, Raub, Bedrohung und Körperverletzung über Sachbeschädigung, Unterschlagung, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion, Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz und das Betäubungsmittelgesetz, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte bis zu Erpressung, Nötigung, Hausfriedensbruch sowie Verstoß gegen das Waffengesetz.

Fallkonferenz im Frühjahr

Wie ging es nach der 95. Straftat mit dem jugendlichen Intensivtäter weiter? Für das Frühjahr 2024 war eine weitere sogenannte Fallkonferenz anberaumt, bei der Vertreter von Jugendamt, Polizei und Staatsanwaltschaft über ihr Vorgehen beraten wollten. In einer Senatsauskunft auf eine Anfrage von Bündnis Deutschland hieß es damals außerdem: „Dessen ungeachtet ist von der zeitnahen Anregung eines Haftantrages auszugehen, sofern der Betroffene ein geeignetes Delikt mit dem entsprechenden Tatverdacht begeht.“ Etwas „Geeignetes“ scheint sich nicht gefunden zu haben unter all den Delikten, die der Jugendliche seither weiter verübt hat.

In der Senatsantwort auf die jüngste BD-Anfrage heißt es, seit März 2024 seien gegen ihn „keine strafrechtlichen freiheitsentziehenden Maßnahmen verhängt“ worden. Und dass, obwohl er bis Ende vergangenen Jahres mindestens fünf weitere Male strafrechtlich in Erscheinung getreten ist. Zu Buche stehen ein Raub- und ein Bedrohungsdelikt sowie ein Verstoß gegen das Waffengesetz. Außerdem geriet er zweimal mit dem Betäubungsmittelgesetz in Konflikt. Inzwischen hat sich seine Spur verloren. „Die minderjährige Person befand sich in der Obhut des Jugendamtes, ist jedoch seit dem 27. Dezember 2024 abgängig. Der derzeitige Aufenthaltsort ist dem Senat nicht bekannt“, liest man in der Antwort auf die Anfrage von Bündnis Deutschland.

Für Jan Timke, den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis Deutschland in der Bürgerschaft, dokumentiert der „traurige Rekord“ von insgesamt 100 Straftaten das „völlige Versagen der Jugendhilfe“. Es sei peinlich, dass die Behörde aktuell nicht einmal wisse, wo sich der junge Serienstraftäter aufhält. Schließlich habe das Jugendamt als Vormund gewisse Fürsorgepflichten gegenüber Minderjährigen, die in Obhut genommen wurden. Timke befürchtet, dass bei der Behörde

und den von ihr beauftragten Jugendhilfeträgern gar kein ausreichendes Fachpersonal vorhanden ist, um diesen Pflichten nachzukommen. Seine Forderung: „Der Senat muss seine rosarote Brille absetzen und für solche Nachwuchsgangster eine geschlossene Heimunterbringung ermöglichen.“

Sozialbehörde äußert sich nicht

Laut Sozialbehörde ist es üblich, dass per Vermisstenanzeige nach Jugendlichen gesucht wird, die aus der Obhut des Jugendamtes entwichen sind. Zum konkreten Fall will sich Sprecher Bernd Schneider aus rechtlichen Gründen nicht äußern. Klar sei allerdings: Auch in „straff geführten“ Jugendhilfeeinrichtungen komme es vor, dass sich Bewohner trotz engmaschiger Begleitung und Einsatz von Sicherheitsdiensten aus staatlicher Obhut entfernen. „Solche Einrichtungen sind ja keine Gefängnisse und sollen es auch nicht sein“, so Schneider. Wichtig ist ihm die Feststellung: Der „weitaus größte Teil“ der unbegleiteten ausländischen Jugendlichen in Bremen stabilisiert sich und ergreift die Chancen, die sich hier bieten – etwa indem eine berufliche Ausbildung begonnen wird.

Kommentar Seite 2

Tourismus-Bilanz

Tiedemann: Endlich wird der OB aktiv

05.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Bremerhaven. Nach Veröffentlichung der Tourismus-Bilanz 2024 zieht Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) Konsequenzen und kündigt an, illegale Ferienwohnungen in den Fokus rücken zu wollen. Die Fraktion Bündnis Deutschland begrüßt das Vorhaben.

„Bereits in den Jahren 2016 und 2023 machten wir in der Stadtverordnetenversammlung und im Bauausschuss auf die Problematik illegaler Ferienwohnungen aufmerksam, wurden jedoch immer wieder mit dem Anliegen abgewiesen, wie die Antworten auf unsere Anfragen zeigen“, so Julia Tiedemann, Fraktionsvorsitzende Bündnis Deutschland (BD) in einer Stellungnahme.

Quelle für Verbesserung ohne extra Areiße aufgetan

„Das jetzt, wo die Übernachtungszahlen in der Statistik rückläufig sind, auch die illegalen Ferienwohnungen ins Visier genommen werden, verwundert uns von der BD-Fraktion nicht. Schließlich können die Übernachtungszahlen dieser Unterkünfte aktuell statistisch nicht erfasst werden.“ Der Oberbürgermeister habe mit seiner Ankündigung nun eine Quelle für die Verbesserung der Tourismus-Bilanz für 2025 aufgetan, „ganz ohne real größere Anreize für Touristen zu bieten“, betont Tiedemann.

„Schaut man sich den bisherigen Unwillen im Magistrat und Bauordnungsamt zum Thema illegale Vermietung von Ferienwohnungen an, erwarten wir von Bündnis Deutschland nun einen Kurswechsel, den wir entsprechend durch eine Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung begleiten werden“, kündigt Tiedemann an. (pm/bel)

05.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

70 Lehrer sind langzeitkrank

Personallage weiter angespannt – 120 Stellen sind nicht besetzt – Aber: Mehr Nachwuchslehrer als üblich

VON DENISE VON DER AHÉ

Bremerhaven. Die Personallage an den Schulen in Bremerhaven ist weiterhin angespannt. 120 Stellen sind nicht besetzt. Und 70 Lehrer sind langzeitkrank. Allerdings gibt es gute Nachrichten bei den Nachwuchslehrern.

Die Personalsituation an den Schulen in Bremerhaven und Bremen war am Dienstag Thema in der Bildungsdeputation: „Die Versorgungslage im Bereich der Lehrkräfte bleibt durch weiter steigende Schülerzahlen angespannt“, heißt es in einer Antwort des Bildungsressorts auf eine Berichtsbitte von Bündnis Deutschland. In Bremerhaven sind etwa 120 Lehrerstellen unbesetzt. Der bundesweite Lehrermangel vereinfacht die Lage nicht.

„Ein Viertel aller Referendare im Land Bremen haben am 1. Februar in Bremerhaven angefangen.“

Sascha Aulepp, Bildungsssenatorin



Die Personallage an den Schulen in Bremerhaven ist weiterhin angespannt. 120 Stellen sind nicht besetzt. Allerdings gibt es gute Nachrichten bei den Nachwuchslehrern. Foto: Reinhardt/dpa

70 von 1.335 Lehrkräften in Bremerhaven waren zum Stichtag 31. Dezember 2024 langzeitkrank, das heißt: Sie fielen mindestens sechs Wochen lang aus.

Eine gute Nachricht gibt es dennoch: Von 234 neuen Referendaren im kleinsten Bundesland haben am 1. Februar 57 in Bremerhaven angefangen. Damit hat Bremerhaven mehr Nachwuchslehrer bekommen als üblich.

Normalerweise wird Bremerhaven ein Fünftel der Referendare zugewiesen. Bildungsssenatorin Sascha Aulepp (SPD) verkündete am Dienstag in der Bildungsdeputation: „Ein Viertel aller Referendare im Land Bremen haben am 1. Februar in Bremerhaven angefangen.“ Es sei gelungen, allen Bewerbern für das Land Bremen eine Zusa-

ge zu erteilen. „Wir haben noch nicht einmal diejenigen abgewiesen, die Philosophie als Schulfach haben“, betonte Aulepp.

„Wir freuen uns, dass so viele nach Bremerhaven wollen“, sagte der SPD-Abgeordnete Jörg Zager. Und auch Bremerhavens Schuldezernent Hauke Hiltz (FDP) betonte: „Wir benötigen jeden, der nach Bremerhaven kommt.“

Der „Klebeffekt“ bei den Referendaren sei erfolgreich: Von 31 Nachwuchslehrern, die ihr Referendariat zuletzt erfolgreich abgeschlossen hätten, seien 24 in Bremerhaven geblieben.

Schwierig wird es im geplanten Schulfach Informatik: An

ausgebildeten Informatik-Lehrkräften mangle es in allen Bundesländern, betonte Bildungsstaatsrat Torsten Klieme auf eine Nachfrage der CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Bettina Hornhues. „Wir müssen daher viel auf Weiterqualifizierung der vorhandenen Lehrkräfte setzen“, so Klieme weiter. „Die ersten Qualifizierungslehrgänge laufen.“

Unterstützung auch von pensionierten Lehrkräften

Unterstützung soll nicht nur von den Nachwuchslehrern kommen, sondern auch von Lehrkräften im Ruhestand. Die Stadt Bremerhaven beschäftigt

derzeit 45 Lehrer, die sich regelmäßig im Ruhestand befinden würden, heißt es in einer Antwort des Bildungsressorts auf eine Berichtsbitte der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

13 davon haben ihren Ruhestand von vorneherein hinausgeschoben, sie bleiben daher unverändert in ihren Dienstverhältnissen. Die 32 wieder eingestellten Lehrer werden tarifgemäß eingruppiert und vergütet. In Bremerhaven unterstützen die Pensionäre im Durchschnitt zehn Stunden pro Woche.

Sandra Schull (CDU) berichtete, dass in Bremerhaven mehrere pensionierte Lehrer

auf die CDU zugekommen seien, die gerne mehr Stunden in den Schulen arbeiten würden. „Das scheitert bislang an der Zuverdienstgrenze für verbeamtete Lehrer“, sagte Schull. Die Regelung, dass das Einkommen oberhalb der Grenze auf die Pension angerechnet wird, reduziert derzeit zwangsläufig die Motivation von pensionierten Lehrkräften, weiterhin in den Schulen zu arbeiten.

Klieme kündigte an, dass der Senat an einem Entwurf arbeite, die Zuverdienstgrenze ab dem kommenden Schuljahr vollständig aufzuheben. Bei angestellten Lehrkräften gibt es das Problem ohnehin nicht.

05.03.2025, WESER-KURIER

Junger Intensivtäter in Bremen: 36 Straftaten, aber keine Haft

06.03.2025, 10:55 Uhr

Von: [Dierk Rohdenburg](#)

Bremen. Die Fraktion Bündnis Deutschland (BD) hat am Dienstag umfassende Akteneinsicht bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Claudia Schilling (SPD), im Fall des 15-jährigen Nordafrikaners beantragt, der trotz staatlicher Obhut mehr als 100 Straftaten begangen hat und nun untergetaucht ist. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor. Wie berichtet, befand sich der unbegleitete minderjährige Jugendliche in der Obhut des Jugendamtes, als er die Straftaten beging. BD-Fraktionschef Jan Timke erklärt dazu laut Mitteilung: „Wir fordern vom Sozialressort Einsicht in alle behördlich relevanten Vorgänge zu diesem Fall.“ Die Fraktion sieht ein „massives Behördenversagen“ und fordert eine „lückenlose Aufklärung“.

WK

06.03.2025, KREISZEITUNG

[Startseite](#) > [Lokales](#) > [Bremen](#)

Junger Intensivtäter in Bremen: 36 Straftaten, aber keine Haft

06.03.2025, 10:55 Uhr

Von: [Dierk Rohdenburg](#)

06.03.2025, WESER-KURIER

ALTERNATIVE WOHNFORMEN

Aufstellungsbeschluss für Bauwagenplatz geplant

Bremen. Die öffentliche Grünfläche am Hagenweg in Walle, die im Dezember 2018 von der Bauwagengruppe Ölhafen-Initiative (inzwischen: Verein Ölhafen) besetzt wurde, ist voraussichtlich demnächst Thema in der Bürgerschaftsdeputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung. Bei deren Sitzung am Freitag, 14. März, soll nämlich der Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan für das Bauwagen-Areal gefasst werden: Dies hat Stadtplanerin Susanne Endrulat aus dem Bauressort kürzlich im Fachausschuss Quartiersentwicklung des Waller Beirats angekündigt.

Hintergrund ist, dass Bremens Senat alternative Wohnformen unterstützen und deshalb für das städtische Grundstück über die Bauleitplanung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Wagenplatz schaffen möchte. Baurechtlich begibt sich das Ressort damit praktisch auf neues Terrain. Denn laut Rechtsprechung kann weder in einem Wohngebiet noch in einem Mischgebiet ein Wagenplatz eingerichtet werden, weshalb eine Ausweisung als Sondergebiet angedacht ist. Diese Idee rührt aus dem Jahr 2021, was in der Ortspolitik fraktionsübergreifend für Kopfschütteln sorgt. Anders als SPD, Grüne und Linke lehnen CDU und Bündnis Deutschland das Vorhaben grundsätzlich ab. AGE

Kritik an Sparkurs bei Essen in Kitas

Bremen. Die Bürgerschaftsfraktionen der FDP und von Bündnis Deutschland haben kritisiert, dass in den Kitas der Bremischen Evangelischen Kirche das frisch gekochte Mittagessen für die rund 4500 dort untergebrachten Kinder bald wegfallen könnte. Die BEK plant aufgrund von Einsparungen, den Betrieb der Vollküchen einzustellen und stattdessen auf Essen aus externen Großküchen zurückzugreifen.

Nach eigenen Angaben fehlen der Kirche im laufenden Jahr rund 660.000 Euro, weil das Bildungsressort nur noch die Pauschale von 5,10 Euro pro Portion bezahlt. Einen zeitweilig gewährten Aufschlag, den die BEK beantragt hatte, gibt es nicht mehr.

Fynn Voigt, kinder- und bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, nannte das „eine weitere Verschlechterung der Betreuung“. Holger Fricke, bildungspolitischer Sprecher der BD-Fraktion, hielt dem Bildungsressort vor, dass „wesentliche Elemente der frühkindlichen Bildung verloren gingen“, da Kinder nicht mehr „beim gemeinsamen Kochen wichtige Elemente über gesunde Ernährung und den Umgang mit Lebensmitteln“ lernen würden.

Während das BD auf den „Aktionsplan 2025“ des Senats verwies, die Gemeinschaftsverpflegung schrittweise auf bis zu 100 Prozent biologische und möglichst regionale Produkte umzustellen, fordert die FDP, „die Kürzungen zurückzunehmen“. Geld sei im Haushalt vorhanden. WK

06.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Die „Hauptpost“ in Geestemünde zieht aus

Postbank bleibt am Standort Hauptbahnhof, doch die Abgabe von Paketen geht an der Friedrich-Ebert-Straße dann nicht mehr

VON URSEL KIKKER

Bremerhaven. Ein Paket abgeben? Einen Brief wiegen und frankieren lassen? In der zweiten Jahreshälfte wird das irgendwann nicht mehr möglich sein in der „Hauptpost“ am Bremerhavener Hauptbahnhof. Doch was kommt dann für die Kunden?

Das gelbe Schild an der Fassade wird überflüssig, und der Schriftzug „Deutsche Post“ ist dann überholt. Die Postbank wird ihre Filiale in der Fried-

„Die Postfiliale war grundsätzlich beliebt.“

Julia Tiedemann, Fraktionsvorsitzende von Bündnis Deutschland in der Stadtverordnetenversammlung

rich-Ebert-Straße 77, direkt neben dem Hauptbahnhof, in eine reine Bank-Beratungsfiliale umwandeln. Die Post zieht dann aus. Pakete abgeben oder andere Postdienstleistungen in Anspruch nehmen – das geht dann nicht mehr.

Die „Hauptpost“, wie Bremer-

havener die Filiale gerne nennen, war gerade für Kunden mit großen Paketen ein Gewinn. Denn in den kleinen Postagenturen, gern als Shop-in-Shop-Lösung in Kiosken oder anderen Geschäften untergebracht, werden Kunden manchmal abgewiesen. Aus Platzgründen. „Ich habe es selbst schon erlebt“, sagt Julia Tiedemann. Wer Pech hat, kann seine Sendung nicht mal in einer Packstation unterbringen, weil sie voll ist oder eine Paketbox in der richtigen Größe fehlt. Sie kritisiert, dass womöglich wieder Strukturen auf der Strecke bleiben. „Die Postfiliale war grundsätzlich beliebt“, sagt Tiedemann, die auch Fraktionsvorsitzende von Bündnis Deutschland in der Stadtverordnetenversammlung ist. Die Lage neben dem Hauptbahnhof passe.

Die Postbank, die zur Deutschen Bank gehört, will ihre Pläne in der zweiten Jahreshälfte umsetzen, voraussichtlich im dritten Quartal, teilt ein Sprecher mit. Im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der Deutschen Post bietet die Postbank bundesweit auch deren Dienstleistungen an. In einem



Der gelbe Schriftzug wird in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr passen. Foto: Scheschonka

Teil ihrer Standorte konzentriert sie sich aber künftig auf ihre Bankdienstleistungen – wie in Bremerhaven.

Wohin die Poststelle geht, ist noch offen

Dies sei ausschließlich eine Entscheidung der Postbank, teilt Maike Wintjen, Pressesprecherin der Deutschen Post, mit. Wohin die Poststelle dann geht, sei offen. Dafür sei es zu früh. Ge-

nerell gelte, dass die Post im Umfeld gut aufgestellt sei, so Wintjen, und verweist auf DHL-Paketshops in Kiosken, eine Postfiliale und Packstationen in Geestemünde. Bereits seit 1995 betreibt die Deutsche Post keine Filialen mehr mit eigenem Personal.

Betriebsbedingte Kündigungen hat die Postbank ausgeschlossen. Alle Kundenberater werden unverändert beschäf-

tigt. „Mit den anderen Mitarbeitenden suchen wir das Gespräch. Abhängig von der individuellen Situation kommt hier im Rahmen bestehender betrieblicher Regelungen neben den Beschäftigung in anderen Bereichen der Bank eine Reihe von Instrumenten zum Einsatz, wie etwa Altersteilzeit oder Abfindungen.“ Zur Anzahl der Beschäftigten in der Filiale äußert sich die Postbank nicht.

Bange Frage: „Sind wir jetzt blank?“

Millionen-Loch im Bremerhavener Haushalt kann nur mit Mühe gestopft werden - Probleme auf dieses Jahr verschoben

VON JENS GEHRKE

Bremerhaven. Die Stadt darf das vergangene Haushaltsjahr 2024 nicht mit einem Minus von 50,5 Millionen Euro abschließen. Daher wurde jetzt ein Weg gefunden, „nur“ bei 29,9 Millionen Euro zu landen. Die Probleme wurden damit zum Teil auf dieses Jahr verschoben.

Das Haushaltsjahr 2024 ist dem Magistrat aus dem Ruder gelaufen. Am Ende stand man bei einem Defizit von 50,5 Millionen Euro. Und das, obwohl der Haushalt erst im September genehmigt worden war. Nun kamen die Mitglieder des Finanzausschusses zusammen, um dank der Vorarbeit der Kämmeri den Schaden noch zu begrenzen und das Defizit für 2024 auf 29,9 Millionen Euro zu drücken. Das ist wichtig, damit das Land Bremen und die Stadt Bremerhaven weiterhin die Sanierungshilfe des Bundes bekommen.

Teil des „Tafelsilbers“ muss geopfert werden

Die Kämmeri möchte dafür rund 12,5 Millionen Euro aus städtischen Rücklagen (das sogenannte „Tafelsilber“) und rund 8 Millionen Euro aus Drittmitteln, die das Land Bremen für Städtebauförderung, für die Polizei und das Schulamt bereitgestellt hatte, einsetzen. Kämmerer und Bürgermeister Torsten Neuhoﬀ (CDU) erinnerte daran, dass im vergangenen Jahr fast ausschließlich zwei Haushaltsbereiche das Defizit verursacht haben: die Sozialausgaben und die Hilfen zur Erziehung. „Sonst hätten wir eine Punktländung hingelegt“, so Neuhoﬀ. „Wir möchten in dieser Stadt aber keinen Bürger zurücklassen.“ Bei einer Gegenstimme



Der Haushalt 2024 beschäftigt noch immer die Politik. Foto: Scheschonka

wurde dem Vorschlag der Kämmeri zugestimmt, endgültig entscheidet die Stadtverordnetenversammlung in der Märzsit-

„Das Land hat uns in Summe 50 Millionen Euro vorenthalten.“

**Torsten Neuhoﬀ (CDU),
Bürgermeister**

Im Finanz-Ausschuss hatten Neuhoﬀ und die Mitglieder der Koalition aus SPD, CDU und FDP den Schuldigen für die Haushalts-Misere schnell ausgemacht. Das Land Bremen und insbesondere der grüne Finanzsenator Björn Fecker hätten Bre-

merhaven finanziell nicht so ausgestattet, wie es eigentlich angezeigt gewesen wäre. Die Stadt Bremen werde von der Landesregierung massiv gegenüber Bremerhaven bevorzugt, so das Argument. Neuhoﬀ erinnerte daran, dass die Stadt Bremen die Schuldenberge aus den städtischen Gesellschaften einfach in den Landshaushalt verschoben dürfte. Dazu kämen viele weitere Punkte. „Das Land hat uns in Summe 50 Millionen Euro vorenthalten“, rechnet Neuhoﬀ zusammen.

Oppositionspolitiker Claudius Kaminiarz (Grüne) räumte ein, dass er in Teilen die Kritik am Senat nachvollziehen könne, dennoch dürfe man nicht alle Schuld auf Bremen abwälzen. Letztendlich verantwortete die Koalition aus SPD, CDU und FDP

den „katastrophalen“ Bremerhavener Haushalt. Ähnlich sah es Julia Tiedemann (Bündnis Deutschland). Der Einzelabgeordnete Sven Lichtenfeld fragte, ob man nach dem Einsatz der Rücklagen, um das Defizit zu verringern, „total blank“ sei, und ob dafür jemand die Verantwortung übernehme. Neuhoﬀ (CDU) entgegnete, dass der Magistrat selbstverständlich Verantwortung übernehme und man trotz der drastischen Lage „meilenweit entfernt von pleite sein“ sei. Sönke Allers (SPD) verdeutlichte, dass man bereits in den Haushaltsberatungen 2024 wochenlang um jeden Euro gerungen und es sich keinesfalls leicht gemacht habe. Wer jetzt die Koalition beschuldigt, solle doch sagen, wo er selbst noch Kürzungspotenzial sähe.

Der Blick der Ausschussmitglieder richtete sich unterdessen bereits auf den Haushalt 2025, der im Frühjahr beschlossen werden soll. Neben der vom Land geforderten strukturellen Einsparung von 20 Millionen Euro sind auch die Haushaltsansätze für die Sozialausgaben und Hilfen zur Erziehung auf das tatsächliche Niveau anzupassen. Die Vorbelastung summiert sich auf bis zu 70 Millionen Euro – seriöse Haushaltsberatungen sind mit dieser Hypothek kaum möglich, wenn man ehrlich ist. Neuhoﬀ machte deutlich, selbst bei intensivsten Sparanstrengungen „werden wir es ohne zusätzliches Geld aus Bremen nicht schaffen“, sonst drohe eine nie da gewesene „tiefe Spaltung der Gesellschaft“.

06.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG



Der Standort für den Kita-Neubau wurde Ende Januar geräumt. Jetzt wurde über die Petition entschieden. Foto: Polgesek

Kehrtwende im Kita-Streit

Ausschuss lehnt Petition ab - mit der Stimme der bisherigen Kritikerin

VON TOBIA FISCHER

Bremerhaven. Das war erwartet worden: Der Ausschuss für Petitionen hat die beiden Petitionen zur Kita Weichselstraße und zur Führungsstruktur im Stadttheater mehrheitlich abgelehnt. Unerwartet war, wer plötzlich gegen die Kita-Petition stimmte.

Monatelang kochte der Streit um einen Kita-Neubau in der Weichselstraße hoch. Eine, die den Standort vehement ablehnte, war Bianca Ax von der Wählervereinigung Wir für Bremerhaven (WfB). Sie hatte die Petition „Kindergartenneubau ja, aber nicht im Rotlichtmilieu“ gestartet. Die Petition richtet sich gegen die Lage der neuen Kita, die zu nahe an der Lessingstraße sei.

Bianca Ax, die die Petition als Bürgerin eingebracht hat, sitzt als Stadtverordnete selbst im Ausschuss. Als Stadtverordnete meldete sie sich vor der Abstimmung zu Wort und verkündete, dass auch sie die Petition ableh-

nen werde. Wie? Sie lehnt ihr eigenes Anliegen ab? Genauso kam es. Sie habe bei der Begehung Anfang Februar, bei der das Grundstück schon teilweise gerodet war, sehen können, wie der Kindergarten zur Lessingstraße hin geschützt werde. Daraufhin habe sie ihre Meinung geändert. Gegen einen Kita-Bau selbst seien sie und die WfB auch nie gewesen. Allerdings forderte sie mehr Polizeipräsenz in Lehe angesichts von Raubüberfällen in der Vergangenheit.

Petition des Philharmonischen Orchesters ebenfalls abgelehnt

Auch die Petition, die das Philharmonische Orchester im Herbst gestartet hatte, wurde abgelehnt. Die Musiker wollten erreichen, dass die bisherige Führungsstruktur erhalten bleibt und auch der neue Generalmusikdirektor Teil der Theaterleitung ist. Man habe gehört, dass es wieder Gespräche zwischen Intendant und Orchester gibt, sagte Irene von Twistern (SPD). Er sei im Vorfeld gefragt worden, ob er die Petition angesichts dieser Gespräche auf-

rechterhalten würde, schilderte Michael Pfannschmidt vom Orchestervorstand der NORDSEE-ZEITUNG. Das wollte das Orchester. Ihr Anliegen bestehe weiter. Nach der Ablehnung verließen die etwa zwölf anwesenden Musiker die Sitzung.

Antrag für mehr Redezeit für die Bürger

Geht der Ausschuss gut mit den Bürgern um, die Petitionen einreichen? Die Fraktion Grüne + P findet das nicht und reichte einen Antrag ein, mit den Bürgern „auf Augenhöhe“ zu beraten. Zurzeit dürfen die Petenten ihre Anliegen fünf Minuten lang im Ausschuss vertreten. Danach können sie der Diskussion nur noch zuhören, sie selbst haben kein Rederecht mehr. „Die ver-

gangenen Sitzungen haben gezeigt: Das ist kein guter Umgang mit den Bürgern“, so Elena Schiller von den Grünen. Der Petent soll das gleiche Rederecht haben wie die Stadtverordneten im Ausschuss, um auf Missverständnisse oder Vorhaltungen reagieren zu können.

Jan Timke von Bündnis Deutschland unterstützte das Anliegen. Man dürfe dem Bürger nicht das Gefühl geben, eine Randfigur in seinem Verfahren zu sein. Der jetzige Ablauf wirke - auch mit der Sitzordnung - fast wie ein Tribunal.

Bianca Ax (WfB) und die Einzelstadtdenken Marnie Knorr, Sascha Schuster und Sven Lichtenfeld äußerten ebenfalls ihre Zustimmung zum Antrag. Astrid Milch (CDU) widersprach. Es gebe vorab schon einen Austausch über die Petition über Ausschussmitglieder, die extra für den Kontakt mit dem Petenten eingesetzt werden. Man habe sich bei der Verfahrensordnung zudem an Bremen orientiert.

Letztlich lehnte die Koalitionsmehrheit den Antrag ab. Es bleibt bei den fünf Minuten.

„Die vergangenen Sitzungen haben gezeigt: Das ist kein guter Umgang mit den Bürgern.“

Elena Schiller (Grüne)

08-09.03.2025, WESER-KURIER

„Diese ganze Täter-Opfer-Umkehr war erschreckend“

Michael Kyrath hat seine Tochter nach einer Messerattacke verloren – wie die Tat sein Denken verändert hat

Michael Kyrath

verlor vor über zwei Jahren seine 17-jährige Tochter Ann-Marie, die gemeinsam mit ihrem Freund von einem geflüchteten Palästinenser in einem Regional-Express in Schleswig-Holstein getötet wurde.

Herr Kyrath, die Messerattacke, bei der Ihre Tochter Ann-Marie und ihr Freund Danny getötet wurden, ist jetzt rund zwei Jahre her. Haben sich Ihre Gedanken und Gefühle hierzu im Laufe der Zeit gewandelt?

Michael Kyrath: Nein, verändern tut sich da überhaupt gar nichts. Das ist für uns der tägliche Horrorfilm, in dem wir sind. Es gibt mal Tage, wo es besser, und mal Tage, wo es weniger gut ist, aber im Großen und Ganzen begleitet uns das jeden Tag.

Am Freitagabend waren Sie Gastredner im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft unter dem Lebensmotto Ihrer Tochter: „Aufgeben ist keine Option.“ Was ist Ihr Antrieb, immer wieder auf öffentlichen Bühnen über die Tat zu sprechen?

Ich bin an die Öffentlichkeit gegangen, weil ich mich fürchterlich über Bundeskanzler Olaf Scholz geärgert habe. Er sprach bei den Opfern von Leuten, als wären das im Fußballstadion ein paar Fans. Aber es geht nicht um Leute. Das waren unsere Kinder. Diese Abfälligkeit, der Umstand, dass noch am selben Tag irgendwelche selbst ernannten Hobbypsychologen etwas von psychischer Störung und Traumatisierung erzählen, diese ganze Täter-Opfer-Umkehr: Das war erschreckend. Es wird viel zu viel über die Täter gesprochen und zu wenig über die Opfer und ihre Angehörigen.

Geht das auch anderen betroffenen Angehörigen so?

Inzwischen sind wir mit fast 400 Elternpaaren in Kontakt, die in den letzten Jahren ihre Kinder verloren haben. Was dabei immer gleich ist: Es ist dasselbe Täterprofil, dasselbe Tatwerkzeug, nahezu derselbe Tathergang, dieselben Tatmotive und danach immer wieder dieselben Floskeln von Politikern, die sich vor die Kameras stellen und



„Es wird viel zu viel über die Täter gesprochen und zu wenig über die Opfer und ihre Angehörigen“, sagt Michael Kyrath.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

mit Mühe und Not eine Träne aus dem Knopfloch drücken und sagen, dass ihnen alles fürchterlich leidtut und sie mit aller Härte dagegen vorgehen werden. Aber am Ende passiert überhaupt gar nichts.

Sie waren auf Einladung von Bündnis Deutschland in Bremen – einer Partei mit einer bestimmten politischen Ausrichtung.

lassen Sie sich hier nicht vor einen Karren spannen?

Nein. Ich bin politisch absolut wertfrei und ein offener, liberaler und toleranter Mensch. So haben wir auch unsere Tochter erzogen. Ich spreche mit jedem, ohne Ausnahme. Ich grenze niemanden aus. Ich finde auch diese ganze Brandmauer-Diskussion einfach lächerlich und bin gerne bereit, mit jedem in

den Ring zu steigen und auf sachlicher, vernünftiger Ebene zu diskutieren. Ich mag grundsätzlich keine Ausgrenzung, da reagiere ich verdammt allergisch drauf und verwahre mich dagegen in jeder Art und Weise.

Haben Sie das Gefühl, dass Ihr Engagement bereits etwas verändert hat?

Ja, wir sehen schon einige Erfolge. Gerade in der Politik, aber auch aufseiten der Berichterstattung in der Presse. Wenn vor zwei Jahren irgendwer Migranten und Kriminalität in einem Satz gesagt hätte, wäre er direkt als Nazi und Rechtsradikaler stigmatisiert worden. Das soll nicht heißen, dass jeder Migrant ein Straftäter ist. Aber die meisten Straftäter haben leider einen migrantischen Hintergrund. Das muss man feinfühlig und mit Intelligenz ansprechen, um Lösungen herbeizuführen und nicht einfach totschweigen.

Hat sich das Attentat und die Beschäftigung damit auf Ihre Sichtweisen und Einstellungen ausgewirkt?

Ich glaube immer noch an das Gute im Menschen und die Liebe. Meine Frau und ich möchten uns da nicht vergiften lassen. Was sich allerdings durch die Öffentlichkeit verändert hat, ist, dass mich viele Menschen erkennen und ansprechen. Das ist ein wahnsinniger Einschnitt in unser Privatleben. Nichtsdestotrotz haben sich auch viele an mich gewendet, die sich Hilfe und Unterstützung in irgendeiner Weise erhoffen.

Welche Wünsche und Forderungen haben Sie an Politik und Gesellschaft?

Wir haben aktuell zwischen 70 und 80 Messerattentate pro Tag in Deutschland. Bei vielen davon sterben Menschen, darunter Kinder. Da ist die Politik auf beiden Augen blind und macht gar nichts. Ich kann Ihnen nicht sagen, welche Möglichkeiten es gibt, da zu reagieren. Aber es wird Zeit, dass die Politik eingreift. Es muss gehandelt werden, um unsere Kinder zu schützen. Stattdessen höre ich: „Wir hatten Angst, dass die richtigen Sätze mit den falschen Stimmen beschlossen werden.“ Alle Politiker, die so etwas sagen, sollen den Mut in der Hose haben, zu den betroffenen Familien nach Hause zu gehen und zu sagen: „Ihr Kind könnte noch leben. Wir hatten bloß Angst, dass zu dem richtigen Gesetz die Falschen ihre Stimme abgeben.“

Das Gespräch führte Luka Spahr.

08-09.03.2025, WESER-KURIER

Müssen Eltern wieder für die Kita zahlen?

Senatorin Aulepp erwägt Ende der Beitragsfreiheit

 VON FRANK HETHEY
UND LISA DUNCAN

Bremen. Erst vor knapp sechs Jahren hat Bremen die Kita-Gebühren abgeschafft – seit August 2019 müssen Eltern für die Betreuung von Kindern über drei Jahre nichts mehr zahlen. Doch nun stellt Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) die Beitragsfreiheit infrage. Drohe eine Qualitätseinbuße, müsse man über sozial gestaffelte Kita-Beiträge und Beitragsfreiheit nur für eine bestimmte Betreuungsdauer reden, sagte die Senatorin gegenüber dem „Weser-Report“. In den eigenen Reihen und den beiden anderen Regierungsfractionen der Grünen und Linken stößt Aulepps Vorschlag auf wenig Gegenliebe. Auch die Opposition kann Kita-Gebühren nichts abgewinnen.

In den vergangenen Wochen habe man in der Fraktion zwar über Kita-Beiträge gesprochen, sagt die Sprecherin für Kinder, Heike Kretschmann. „Als SPD-Fraktion lehnen wir aber die Wiedereinführung von Kita-Gebühren ab.“ Die Beitragsfreiheit wertet sie als „Baustein, um Chancengleichheit zu ermöglichen“. Spielraum für Kita-Gebühren sieht Kretschmann nur bei Betreuungszeiten über acht Stunden. „Das müsste man genau betrachten und prüfen“, sagt sie mit Hinweis auf den Koalitionsvertrag. Darin kündigt der Senat einen sozial gestaffelten Zuzahlungsbeitrag bei mehr als acht Betreuungsstunden an. Der Wortlaut: „Wer wenig verdient, zahlt nichts oder wenig, wer viel verdient, zahlt mehr.“

Ähnlich positioniert sich der grüne Koalitionspartner. „Bei längeren Betreuungszeiten kann man über gewisse Gebühren für diejenigen Menschen nachdenken, die es sich leisten können“, sagt die kinderpolitische Sprecherin Franziska Tell. Wenn im Gegenzug die Qualität frühkindlicher Bildung sichergestellt werden könne, sei Aulepps Vorstoß „durchaus sinnvoll“ – gerade angesichts der Suche nach Einsparpotenzial bei den nahenden Haushaltsberatungen. Grundsätzlich gegen jede Wiedereinführung von Kita-Gebühren stellen sich die Linken. „Frühkindliche Betreuung darf kein Luxusgut sein“, sagt die kinderpolitische Sprecherin Miriam Strunge. „Wir haben ja schließlich auch keine Schulgebühren.“

Scharfer Gegenwind bläst Aulepp von der CDU ins Gesicht. Die Sprecherin für Kinder und Familie, Sandra Ahrens, wirft dem rot-grün-roten Senat eine Haushaltspolitik ohne

roten Faden vor. „Eltern sollen jedes Mal die Fehler von Rot-Grün-Rot ausbügeln“, sagt sie. „Die Idee dahinter ist: Wer arbeitet, muss zahlen.“ Kita-Gebühren kommen für Ahrens auch wegen der Konkurrenz mit Niedersachsen nicht in Betracht, wo bereits seit 2018 keine Kita-Beiträge mehr erhoben werden. Eine Veränderung dieser Position sei nicht erkennbar. „Wir brauchen aber einen Gleichklang mit Niedersachsen, wenn wir junge Familien in Bremen halten wollen.“

Den Standortfaktor führt auch die FDP ins Feld. „Gegenüber Niedersachsen müssen wir jeden Vorteil behalten, den wir haben“, sagt der kinderpolitische Sprecher Fynn Voigt. Kita-Gebühren könnten aus seiner Sicht allenfalls das letzte Mittel sein. „Solange sich anderes Einsparpotenzial im Haushalt findet, darf es keine Kita-Gebühren geben“, sagt Voigt. „Das Bildungsressort kommt mit seinem Geld nicht klar.“ Aulepp suche Auswege – wie zuletzt bei der Schließung der kirchlichen Kita-Küchen. Gegen Kita-Gebühren in jeder Form spricht sich das Bündnis Deutschland aus. „Dadurch würden die fleißigsten Leute, die am meisten Steuern zahlen, am meisten bestraft werden“, sagt der bildungspolitische Sprecher Holger Fricke.

Kein ungelerntes Personal in Kitas

Unterdessen rückt Aulepp davon ab, ungelern-tes Personal in Kitas einzusetzen, um den Fachkräftemangel aufzufangen. Zuerst hatte „buten un binnen“ darüber berichtet. Eine leichte Absenkung der Anforderungen ist im neuen Gesetzesentwurf für eine Übergangszeit bis 2030 geplant: In den Randzeiten sollen pädagogische Fachkräfte eine Gruppe zu zweit betreuen dürfen. Im Notfall sollen nach einer vierwöchigen Fortbildung auch Assistenzen oder Kindertagespflegepersonen die Betreuung übernehmen dürfen.

„Aufgrund des Fachkräftemangels kommen wir nicht drumherum, es sollte aber zeitlich begrenzt sein“, sagt Melanie Krause, Vorsitzende des Kita-Fachkräfteverbands Niedersachsen-Bremen. „Die Absenkung der Standards hätten wir gerne vermieden, wir sind aber nicht realitätsfern. Wichtig ist, dass man nun mit einer Ausbildungsoffensive vorangeht“, sagt Juliane Klug, Sprecherin der Elterninitiative „Kitastrophe“. Im Jahr 2024 konnten 900 Kitaplätze aufgrund von Fachkräftemangel nicht bespielt werden.

12.03.2025, Radio Bremen

Bündnis Deutschland klagt erfolgreich gegen Bürgerschaftspräsidentin



Bild: Radio Bremen

12.03.2025, Kreiszeitung

[Startseite](#) > [Lokales](#) > [Bremen](#)

Streit um Rederecht – Abgeordneter gewinnt vor Gericht

12.03.2025, 12:39 Uhr

Kommentare

Drucken



Die Bürgerschaftspräsidentin erlitt vor Gericht eine Niederlage. (Archivbild) © Sina Schult/dpa

13.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Der „Maulkorb“ ist nicht rechtmäßig

Nach Wortentzug in der Bürgerschaft: Jan Timke vom Bündnis Deutschland siegt vor dem Staatsgerichtshof

VON KLAUS MÜNDELEIN

Bremerhaven. Jan Timke (Bündnis Deutschland) forderte nach der Gerichtssitzung von Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer (SPD) sofort eine Entschuldigung. Und zwar für den „Maulkorb“, den sie ihm unrechtmäßig verpasst hatte, wie der Staatsgerichtshof betonte.

Der Staatsgerichtshof hat am Mittwoch sein Urteil verkündet. Geklagt hatte Jan Timke. Der Bremerhavener Bürgerschafts-
abgeordnete von Bündnis Deutschland (BD) fühlte sich in seinen Abgeordnetenrechten verletzt, weil ihm Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer (SPD) das Wort entzogen hatte. Staatsgerichtshofpräsident Peter Sperlich kam nach Würdigung der Sachlage zum gleichen Ergebnis: Die Präsidentin habe damit die verfassungsmäßige Grenze überschritten.

Nach der Bürgerschaftswahl im Mai 2023 wurden am 5. Juli die Senatoren gewählt. Timke nutzte die Debatte, um die Linken anzugreifen. Der Bremerhavener sprach von der ehemaligen SED und von Gliederungen der Linken, die in anderen Bundesländern als verfassungsfeindlich eingestuft werden. Nach zwei Aufrufen der Bürgerschaftspräsidentin, sich endlich zur Sache zu äußern, entzog sie ihm schließlich das Wort.

Grundsätzlich habe die Parlamentspräsidentin das Recht einzugreifen. Sie müsse schließlich für die Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft sorgen, erläuterte Sperlich. Allerdings seien der Aufruf, zur Sache zu sprechen, und der anschließende Wortentzug schwerwiegende Eingriffe. „Da ist die Verhältnismäßigkeit wichtig, das muss streng geprüft werden“, betonte er. In diesem Fall seien aber Ordnungsruf und Wortentzug verfassungs-



Die beiden Kontrahenten sprechen trotz des Streits vorm Staatsgerichtshof noch miteinander: Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer (SPD) und Jan Timke (Bündnis Deutschland). Foto: Mündelein

mäßig nicht legitimiert gewesen.

Die Richter hatten sich die Aufzeichnung der Debatte zur Senatswahl aufmerksam ange-



Jan Timke hat von Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer eine Entschuldigung gefordert.

Foto: Schuldt/dpa

schaute. Das Thema sei ohnehin weit gesetzt worden, stellte Sperlich fest. „Es ist legitim, wenn der Redner nicht nur auf die Senatoren eingeht, sondern auch die Parteien, die sie vorschlagen, beleuchtet“, sagte er mit Blick auf Timkes Attacke gegen die Linken.

Sperlich warf der Bürgerschaftspräsidentin vor, mit zweierlei Maß vorgegangen zu sein. Während sie die weitläufige Rede von Timke rügte, hätte sie andere Redner der Regierungsfractionen toleriert, die über die Lage der Demokratie gesprochen oder die Opposition angegriffen hätten. Die Abgeordnete der Grünen hatte sogar das gesamte Koalitionspapier in Kurzform heruntergebetet. Jedenfalls sei so der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht gewahrt worden.

„Ich bin froh über das Urteil“,

sagte Timke, der vor der Urteilsverkündung noch Zweifel hatte, ob er als Sieger aus dem Saal gehen wird. „Das Gericht hat die Rechte der Oppositionsabgeordneten gestärkt“, betonte er. Und: „Ich erwarte jetzt in der nächsten Bürgerschaftssitzung eine öffentliche Entschuldigung der Bürgerschaftspräsidentin.“ Als Grotheer anschließend auf Tim-

„Das Gericht hat die Rechte der Oppositionsabgeordneten gestärkt.“

Jan Timke

ke zuzug, um ihm zu gratulieren, wiederholte er die Forderung nach einer Entschuldigung. Aber darauf wollte sich

die Präsidentin noch nicht einlassen. Man müsse sich jetzt erst einmal das Urteil im Detail anschauen.

Timkes dritter Sieg vor dem Staatsgerichtshof

Für die SPD und ihre Regierungsvertreter ist das Urteil unangenehm. Es ist bereits das dritte Mal, dass Timke ihnen vor dem Staatsgerichtshof eine Niederlage bereitet. Einmal hatte der Senat eine Anfrage zum Offshore-Terminal Bremerhaven nicht korrekt beantwortet. In einem anderen Streitfall hatte das Innenressort eine Anfrage von Timke vollkommen unzulänglich beantwortet und damit die Abgeordnetenrechte verletzt. Niederlagen musste der Senat auch in vielen anderen Fällen hinnehmen. Spektakulär war das unrechtmäßige Umschlagverbot von Kernbrennstoffen im Hafen.

13.03.2025, WESER-KURIER

Staatsgerichtshof gibt BD-Fraktionschef Timke recht

Bürgerschaftspräsidentin Grotheer hat dem Abgeordneten zu Unrecht das Wort entzogen

VON FRANK HETHEY

Bremen. Juristischer Sieg für den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis Deutschland (BD): Der Staatsgerichtshof Bremen hat im Rechtsstreit mit Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer (SPD) zugunsten von Jan Timke entschieden. Grotheer habe dem Parlamentarier im Juli 2023 zu Unrecht das Wort entzogen, erklärte der Staatsgerichtshof am Mittwoch. Damit würden die verfassungsmäßigen Rechte Timkes als Abgeordneter verletzt, heißt es in der Urteilsbegründung. Grotheer habe gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen. Sie habe die Bedeutung und Tragweite des Rederechts des Antragstellers verkannt. Die Entscheidung fiel mit fünf gegen zwei Stimmen.

Timke spricht von „Sieg“

In einer ersten Reaktion sprach Timke von einem Sieg für die parlamentarische Demokratie. „Mit dem Urteil werden die Oppositionsrechte ganz massiv gestärkt“, sagte er. Es sei wichtig, dass oppositionelle Politiker nicht durch das Rederecht beschränkt werden könnten. Timke sieht in dem Urteil einen Meilenstein der Parlamentsgeschichte. „Wir haben jetzt mehr Rechtssicherheit.“ Für die Präsidentin sei die Entscheidung eine „juristische Ohrfeige“. In der nächsten Bürgerschaftssit-

zung erwartet Timke eine öffentliche Entschuldigung von Grotheer. „Das wäre jetzt die richtige Geste.“

Die Präsidentin der Bürgerschaft erklärte, der Staatsgerichtshof habe mit seiner Entscheidung den Spielraum der Abgeordneten in ihren Reden sehr weit gezogen. „Das hat Auswirkungen darauf, wie



Vor Gericht erfolgreich: BD-Fraktionschef Jan Timke. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

wir als Präsidium künftig als Sitzungsleitung agieren müssen“, sagte Grotheer. Sie werde mit den Vizepräsidentinnen sehr zeitnah über die Entscheidung und die Folgen beraten. Zudem will Grotheer das Thema auf die Tagesordnung bei der nächsten Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses setzen. Eine offizielle Entschuldigung lehnte Grotheer ab.

Grotheer hatte Timke nach zweimaliger Aufforderung, zur Sache zu sprechen, am 5. Juli 2023 das Wort entzogen. Der BD-Fraktionschef hatte in einem Beitrag zur Besetzung des neuen Senats die Verfassungstreue der Linken in Zweifel gezogen – wegen aus seiner Sicht linksextremistischer Strömungen innerhalb der Partei. Nach dem dritten Sachruf entzog Grotheer dem BD-Fraktionschef das Wort. Als Grotheer sich weigerte, ihre Ordnungsmaßnahmen zurückzunehmen, rief Timke den Staatsgerichtshof an.

In seinem Antrag machte Timke geltend, Grotheer habe mit zweierlei Maß gemessen, weil sie bei den Reden der Fraktionsvorsitzenden der Grünen und Linken nicht eingeschritten sei, obwohl beide unter anderem über den Ukrainekrieg und die Corona-Krise gesprochen hätten. Das sah das Gericht genauso. „Die nur gegenüber dem Antragsteller erfolgten Sachrufe sowie die anschließende Wortentziehung wahren

daher nicht den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Abgeordneten.“ Als hohes Gut wertet das Gericht das Rederecht, seine Einschränkung und den Wortentzug durch Grotheer wertet es als „unverhältnismäßig“ und „unangemessen“. Nicht folgen mochte das Gericht dem Vorwurf Timkes, Grotheer habe die Kritik an einer Regierungspartei unterdrücken wollen. Das Urteil des Staatsgerichtshofs ist nicht mehr anfechtbar. Bremen muss die Ausgaben Timkes erstatten.

Was ist ein Ordnungsruf?

Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft unterscheidet zwischen Sach- und Ordnungsrufen. Als schwerwiegender gilt der Ordnungsruf. Das Präsidium ist angehalten, ein Bürgerschaftsmitglied bei diskriminierenden, rassistischen oder beleidigenden Äußerungen zur Ordnung zu rufen. Der Sachruf sichert nur den thematischen Bezug des Redebeitrags, es geht nicht um den Wahrheitsgehalt. Die Konsequenzen sind in beiden Fällen identisch: Ist ein Mitglied zweimal zur Sache oder zur Ordnung gerufen worden, muss das Präsidium ihr oder ihm das Wort entziehen. Im Urteil schreibt das Gericht dem Sachruf mit Wortentzug eine „mittlere Eingriffsintensität“ zu: „Er wiegt schwerer als ein reiner Sach- oder Ordnungsruf, ist aber nicht so gewichtig wie beispielsweise ein Ausschluss aus der Sitzung.“

14.03.2025, WESER-KURIER

Juristische Ohrfeige



Jürgen Theiner
über das Urteil
des Staatsgerichtshofs

Diese juristische Ohrfeige hat sich Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer redlich verdient: Deutlicher als in seinem Urteil von diesem Mittwoch konnte der Bremer Staatsgerichtshof ihr Verhalten kaum rügen. Die SPD-Politikerin hatte sich über Verfassungsrecht hinweggesetzt, als sie den Bremerhavener Abgeordneten Jan Timke im Sommer 2023 während einer Rede mehrfach zu Unrecht ermahnte und ihn schließlich wie einen Schuljungen zurück auf seine Bank schickte. Grotheers disziplinarische Maßnahmen waren „verfassungsrechtlich nicht legitimiert“ und verstießen „evident gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz“, haben die Richter festgestellt.

Die Bockigkeit ist bemerkenswert, wenn auch nicht überraschend.

In einem Gemeinwesen mit funktionierender demokratischer Kultur hätte ein solches Urteil unmittelbare Folgen. Denn eine Parlamentspräsidentin, die das Recht beugt und dies vom höchsten Gericht auch so bescheinigt bekommt, kann eigentlich keinen Tag länger auf ihrem Posten bleiben. Grotheer müsste zurücktreten. Aber wir sind ja in Bremen. Und deshalb kann es sich die Sozialdemokratin sogar leisten, eine Entschuldigung bei Jan Timke abzuwehren – also das Allermindeste, was der politische Anstand jetzt gebietet.

Diese Bockigkeit ist bemerkenswert, wenn auch nicht überraschend. Leider fehlt es Antje Grotheer an den integrativen Eigenschaften, die ihre beiden Vorgänger mitbrachten. Christian Weber mit seiner hanseatischen Noblesse und der ungekünstelt bodenständige Frank Imhoff strahlten als Bürgerschaftspräsidenten auf ganz unterschiedliche Weise Autorität aus. Sie hatten die Sitzungen im Griff, auch wenn es mal kontroverser zugeht. Ihr Habitus war souverän, ihre Überparteilichkeit unbestritten.

Grotheer dagegen hat frühzeitig erkennen lassen, dass es ihr als Präsidentin auch darum geht, klare Kante „gegen rechts“ zu zeigen. Die rechtspopulistische Fraktion Bündnis Deutschland und ihr Chef Jan Timke passen in dieses Feindbild. Doch zwischen Timkes Truppe und dem extremistischen Rabaukentum der AfD, das man aus manchen ostdeutschen Landtagen kennt, liegen Welten. Das Bündnis Deutschland ist keine Bedrohung für die Demokratie. Deshalb haben seine Abgeordneten auch Anspruch auf eine faire Sitzungsleitung in der Bremischen Bürgerschaft.

Bericht Seite 7
juergen.theiner@weser-kurier.de

14.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Kriminalstatistik

Timke fordert mehr Polizisten in Bremerhaven

Bremerhaven. Die jüngste Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2024 zeichnet nach Ansicht von Bündnis Deutschland ein alarmierendes Bild in Bremerhaven. In zahlreichen Deliktsbereichen seien steigende Fallzahlen zu verzeichnen. Insgesamt seien die Straftaten von 14.831 auf Zuwachs von 6,06 Prozent bedeutet. Die Aufklärungsquote der Rechtsverstöße liege mit 49,9 Prozent unter dem Wert von 2023 (58,8 Prozent). Die Fraktion Bündnis Deutschland fordert, die Polizei in Bremerhaven personell aufzustocken. Jan Timke, BD-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft: „Die Arbeitsbelastung für die Ordnungshüter nimmt ständig zu, die nun vorgelegten Zahlen belegen das eindrucksvoll. Insbesondere im Bereich der Strafverfolgung muss die Exekutive in Bremerhaven aufgerüstet werden.“ (pm/mar)

Infrastruktur

BD-Fraktion kritisiert Hafenpolitik

Bremerhaven. Eurogate-Arbeitsdirektor Christian Lankenau betonte beim Nautischen Essen in Bremerhaven (NZ vom 10. März) die Dringlichkeit geplanter Infrastrukturmaßnahmen. Die Vertiefung der Außenweser und die Ertüchtigung der Stromkaje seien entscheidend. Eurogate plant mit Partnern Investitionen von über zwei Milliarden Euro in die bremischen Häfen. Doch Bund und Land müssten zuerst handeln, so Lankenau. Die Fraktion Bündnis Deutschland (BD) begrüßt diese Pläne und kritisiert das Hafenressort für leere Versprechen. Senatorin Vogt (Die Linke) kündigte am 4. März an, sich für die Ausbaggerung einzusetzen. Doch laut Sven Schellenberg werde dies seit Jahren versprochen. Die Fraktion fordert die sofortige Umsetzung der Außenweservertiefung. Eurogate und andere Investoren warten dringend auf politische Taten statt weiterer Ankündigungen. (pm/axt)

21.03.2025, Radio Bremen

Nach Wortenzug in Bürgerschaft: Grotheer entschuldigt sich bei Timke



Bild: Radio Bremen

▶ Video starten | 2:08

22.03.2025, WESER-KURIER

Tempo bei Reform der Politikerrente

Gesetzentwurf zu Altersbezügen angekündigt – Grotheer und Timke legen Fehde bei

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Eine überparteiliche Mehrheit in der Bremischen Bürgerschaft will die Reform der Abgeordnetenrente jetzt schnell vom Tisch haben. Bereits in der kommenden Woche soll ein entsprechender Gesetzentwurf in erster Lesung vom Parlament beschlossen werden. Mit möglichen Änderungen könnte eine endgültige Fassung dann noch vor der Sommerpause die parlamentarischen Hürden nehmen. Dieser Fahrplan hat sich am Freitag im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss (VGO) der Bürgerschaft abgezeichnet.

Die Neuregelung der Altersbezüge ehemaliger Abgeordneter beschäftigt die Fraktionsspitzen seit Anfang 2024. Hintergrund ist der geringe Ertrag eines kapitalgedeckten Rentensystems, auf das die Bürgerschaft 2011 umgestellt hatte. Zuvor gab es eine Regelung, die an beamtenrechtssähnliche Ruhegehälter angelehnt und finanziell deutlich attraktiver war. Im reformierten System zahlen die Abgeordneten monatlich rund 1000 Euro ein, erwerben aber Ansprüche von lediglich 120 bis 130 Euro Rente pro Legislaturperiode. Eine „Geldvernichtungsmaschine“ sei das, kritisierte zuletzt beispielsweise FDP-Fraktionschef Thore Schäck.

Wie berichtet, gab es am Dienstag eine Expertenanhörung in der Bürgerschaft, bei der

sich im Wesentlichen zwei Varianten einer möglichen Neuregelung herauskristallierten. Zum einen die Rückkehr zur früheren pensionsrechtlichen Regelung, zum anderen ein Beitritt der Bürgerschaft zum Versorgungswerk der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Brandenburg, das deren Landtagsabgeordnete rentenversichert. Diese Option beschrieb Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer (SPD) am Freitag im VGO allerdings als eher teures Unterfangen. So zahle das Land NRW für die Alterssicherung der Abgeordneten monatlich jeweils rund 2400 Euro ein und schieße jährlich zusätzlich einen Gesamtbetrag von 200.000 Euro nach.

VGO-Mitglieder aus den Reihen der rot-grün-roten Koalition sowie von CDU und FDP ließen eine Präferenz für das vor 2011 geltende Pensionsmodell erkennen. Dabei werden die Altersbezüge früherer Abgeordneter aus den laufenden Haushalten des Landes Bremen bezahlt. Die Kosten für die öffentliche Hand entstehen also weit nach der Mandatszeit, es werden anders als heute keine Rücklagen aufgebaut. Für Hubertus Hess-Grünwald (SPD) war die Sache klar: „Die Argumente gegen das Versorgungswerk sind so überzeugend, dass man sich der anderen Möglichkeit zuwenden sollte.“ Ähnlich sahen es Frank Imhoff (CDU) und Henrike Müller (Grüne). Auch Thore Schäck (FDP) sprach

sich für eine Rückkehr zum Pensionsmodell aus – mit der Einschränkung, dass es erst ab der nächsten Legislaturperiode gelten sollte. Die Bürgerschaft sei gut beraten, nichts zu beschließen, wovon schon die gegenwärtigen Abgeordneten profitieren.

Einzig Jan Timke (Bündnis Deutschland) meldete Kritik an. Nicht so sehr an der geplanten Rolle rückwärts bei den Abgeordnetenrenten, sondern an der Eile, mit der die Reform nun durchgezogen werden soll. Er bezog sich auf Grotheers Ankündigung, dass die Bürgerschaftsverwaltung schon übers Wochenende einen Gesetzentwurf ausarbeiten soll, der dann in der kommenden Woche im Parlament in erster Lesung ohne inhaltliche Aussprache beschlossen werden soll. Für einen solchen „Schweinsgalopp“ gebe es überhaupt keine Veranlassung, kritisierte Timke. Auch Henrike Müller bezeichnete den Zeitplan als „mehr als sportlich“. Timkes Kritik war aus Sicht von Frank Imhoff indes gegenstandslos. Das Thema beschäftige die Politik „nicht erst seit gestern“. Alles spreche dafür, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen.

Der VGO hatte am Freitag noch ein weiteres Thema auf der Tagesordnung, das durchaus mit Spannung erwartet worden war. Es ging um den Ausgang des Rechtsstreits zwischen Bürgerschaftspräsidentin Grotheer und Jan Timke vor dem Staatsgerichtshof. Wie berichtet, hatte Bremens höchstes Gericht vor wenigen Tagen entschieden, dass dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis Deutschland in einer Debatte im Sommer 2023 durch Grotheer zu Unrecht das Wort entzogen worden war.

Nach Bekanntwerden des Urteils am 12. März kündigte Grotheer zunächst an, Timke nicht um Verzeihung bitten zu wollen. Diese Haltung hat die SPD-Politikerin nun revidiert. Vor dem Ausschuss leistete sie gegenüber Timke Abbitte. „Ich habe das nicht aus böser Absicht getan“, beteuerte Grotheer. „Ich habe Herrn Timke bereits um Entschuldigung gebeten, und Herr Timke war so freundlich, dies anzunehmen.“ Auf Anfrage des WESER-KURIER begründete Grotheer ihren Sinneswandel. Sie habe „erkannt, dass eine Ent-

schuldigung angebracht ist“ und ihre „erste Reaktion daher korrigiert“. Grotheer weiter: „Mir war es vor allem wichtig, Jan Timke schnell im direkten Gespräch um Entschuldigung zu bitten und die Sache zu klären“.

ANZEIGE

WOCHEN

 Samstag, 22. März
FILMFEST BREMEN

 Das ganze Programm unter
www.filmfestbremen.com

 MOKS / TANZBAR_BREMEN /
 AUSVERKAUFT!

DRINNEN UND DRAUSSEN
 von Antje Pfundtner und Ensemble / 6+
 16 Uhr im Brauhaus

 MUSIKTHEATER
LA BOHÈME

 Puccini // Yankevych / Zandwijk
 19 Uhr im Theater am Goetheplatz
 – dazu Solo Amore, 17:30 Uhr Kantine –

 Sonntag, 23. März
 MUSIKTHEATER / PREMIERE
FAMILIENKONZERT #3

 Der gestiefelte Kater
 mit den Bremer Philharmonikern und dem
 Jugendsinfonieorchester Bremen / 6+
 11 Uhr im Theater am Goetheplatz

 MUSIKTHEATER
DER 35. MAI
 Musical nach Erich Kästner


Bürgerschaftspräsidentin Antje Grotheer hat sich im Streit mit dem Abgeordneten Jan Timke einsichtig gezeigt.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

22.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Bremerhaven führt Pfandringe ein

Für Flaschensammler: Bremerhaven testet für ein Jahr an drei Abfalleimern

VON JENS GEHRKE

Bremerhaven. Bremerhaven zeigt Herz für Flaschensammler: Die Stadtpolitik hat beschlossen, sogenannte Pfandringe an öffentlichen Abfalleimern einzuführen. Los geht es mit einem Test an drei Standorten am Hauptbahnhof.

Millionen Pfandflaschen landen jährlich bundesweit in Abfalleimern. Für Pfandflaschensammler ist das eine zusätzliche Einnahmequelle. Sie fischen die Pfandflaschen aus dem Müll und geben sie an Automaten ab. Dafür müssen sie in die Abfalleimer greifen. Um ihnen das Sammeln leichter zu machen, möchte die Stadt Bremerhaven testweise öffentliche Mülleimer mit sogenannten Pfandringen ausstatten.

Zum Start sollen erst einmal drei Pilot-Mülleimer am Hauptbahnhof von den Entsorgungsbetrieben mit den Halterungen ausstatten. Nach einem einjährigen Test will man das weitere Vorgehen abstimmen. Die Idee ist ursprünglich von Julia Tiedemann



Pfandring für Flaschen- und Dosenpfand: Was es vielerorts schon gibt, soll nun auch in Bremerhaven kommen. Foto: Gsettenbauer/imagio images

von Bündnis Deutschland eingebracht worden. Der jetzige Zustand sei für Flaschensammler „nicht nur unhygienisch und mit Verletzungsgefahr verbunden, sondern auch zutiefst erniedrigend“.

Mehr als 100 Kommunen bundesweit hätten daher bereits Pfandringe im Einsatz. Die Koalition aus SPD, CDU und FDP

schlug vor, erst einmal nur mit drei Mülleimern am Hauptbahnhof zu beginnen. Das sei schnell und unkompliziert machbar. Dominique Ofcarek (SPD) erinnerte daran, dass es auch Kommunen gebe, die „zurückgerudert“ seien und die Pfandringe wieder abmontiert haben. So lockten leere Pfandflaschen möglicherweise Wespen an, könnten als Waffe

dienen oder einfach nur durch etwa Scherben zusätzliche Reinigungen erfordern. Wie sich herausstellte, wurde in der Alten Bürger ein ähnliches Pilotprojekt eingestellt, weil es nicht funktionierte.

Sowohl Tiedemann als auch Einzelabgeordnete Marnie Knorr machten deutlich, dass nicht nur der Hauptbahnhof berücksichtigt werden dürfte, auch die Stadtteile oder der Deich. Linken-Vertreter Muhlis Kocaaga zeigte sich entsetzt, dass überhaupt Menschen in Deutschland aufs Flaschensammeln angewiesen seien. Die Grünen hatten unabhängig von Bündnis Deutschland und der Koalition ebenfalls einen Antrag eingebracht, Pfandringe oder andere Halterungen zu testen. Die Mitglieder des Stadtparlaments entschieden sich schlussendlich mehrheitlich für den Antrag der Koalition. Daher sollen die Pfandringe nun an drei Mülleimern am Hauptbahnhof getestet werden. Sind die Erfahrungen positiv, soll das Vorhaben im kommenden Jahr ausgeweitet werden.

25.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Illegale Ferienwohnungen geraten ins Blickfeld

Stadt will ihren Fokus verstärkt auf das Thema legen, benennt aber keine konkreten Schritte dagegen

Bremerhaven. Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) hatte eine Offensive gegen illegale Ferienwohnungen angekündigt. Beim Magistrat gibt es dazu aber offenbar noch keine Pläne, die über das aktuell Unternommene hinausgehen.

Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) hatte im Zuge der jüngsten Tourismusbilanz angekündigt, stärker gegen illegale Ferienwohnungen in Bremerhaven vorzugehen. Julia Tiedemann von Bündnis Deutschland (BD), die schon lange solch eine Offensive fordert, hatte daher im Stadtpar-

lament nachgefragt, was genau die Ankündigung bedeutet.

Der neue Baudezernent Maximilian Charlet (CDU), der erst frisch im Amt ist, stellte den Status quo beim Kampf gegen illegale Ferienwohnungen vor. Demnach wird das Bauordnungsamt aktiv, wenn dort konkrete Hinweise auf Ferienwohnungen eingehen, die nicht baugenehmigt sind. In Bremerhaven muss jeder Betreiber einer Ferienwohnung einen Bauantrag stellen. In den meisten Fällen sei es aber unproblematisch möglich gewesen, die Baugenehmigung nachzuholen,

wenn die Wohnung grundsätzlich als Ferienwohnung baugenehmigungsfähig sei, teilte Charlet mit. Unabhängig vom Bauordnungsamt sondiere das Finanzamt permanent das Feld der bei Portalen angebotenen Ferienwohnungen, um die Tourismus-Abgabe „City Tax“ einzutreiben.

Grantz, der noch bei der Tourismusbilanz mitgeteilt hatte, dass illegale Ferienwohnungen zunehmend ein Problem für die Hotel-Betreiber darstellen, äußerte sich nicht zu dem Thema. Offenbar liegt noch keine Strategie vor.



Das Problem mit illegalen Ferienwohnungen an der Küste betrifft auch die Seestadt. Foto: Schuldt/dpa

25.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

CDU zweifelt die Neutralität an

Beteiligung des Kulturrates an Aufruf zur Demo? - Nachfrage auch beim Migrationsrat

Bremerhaven. „Für Demokratie, Vielfalt und Freiheit“ - so lautete der Titel einer Demo am 9. Februar in Bremerhaven. Die CDU warf jetzt dem Kulturrat der Stadt vor, im Vorfeld seine Neutralitätspflicht verletzt zu haben. BD kritisierte unterdessen den Migrationsrat.

Das Kulturrat hatte sich dem Aufruf des Bündnisses „Bremerhaven bleibt bunt – Aktionsbündnis gegen Rechts“ angeschlossen, welches unter dem Motto „Für Demokratie, Vielfalt und Freiheit“ zu einer Kundgebung am 9. Februar 2025 aufgerufen hatte - zusammen mit Kirchen, Gewerkschaften und vielen anderen Institutionen. CDU-Fraktionschef Thorsten Raschen warf dem Kulturrat vor, damit seine Neutralitätspflicht verletzt zu haben.



„Bremerhaven bleibt bunt“ auf dem Theodor-Heuss-Platz. Die CDU stößt sich daran, dass auf Faltblättern das Kulturrat als Unterstützer aufrat. Foto: Matorat

Kulturdezernent Hilz verteidigt das Vorgehen

Kulturdezernent Hauke Hilz (FDP) verteidigte das Vorgehen. Es sei dem Kulturrat erlaubt, eine Demonstration für Demokratie zu unterstützen. Als bekannt geworden sei, dass sich der Aufruf konkret gegen die AfD bezog, habe man die Unter-

stützung zurückgezogen und das Logo entfernen lassen. Der CDU dürfte es jetzt weniger darum gegangen sein, der AfD beizuspringen, als vielmehr um die eigene Verärgerung, weil auf der Demo auch kritische Stimmen mit Blick auf das Verhalten von Friedrich Merz laut wurden.

Bündnis Deutschland (BD) wiederum hinterfragte die Neutralität des Wahlauftrages, den der Bremerhavener Migrationsrat (MiRa) vor der Bundestagswahl abgab. Der MiRa hatte in einer Rund-E-Mail aufgefordert, bei der Wahl ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. BD wertet das als Aufruf,

links zu wählen, was der Magistrat zurückwies. Sozialdezernent Martin Günthner (SPD) verdeutlichte mit Blick auf die Rechtslage, dass ein Aufruf „gegen Rechtsextremismus“ nicht gegen das Neutralitätsgebot verstoße. Es sei nicht dazu aufgerufen worden, bestimmte Parteien zu wählen oder nicht zu wählen.

25.03.2025, WESER-KURIER (Titelseite)

Kennzeichenpflicht für Fahrräder?

Warum das Bündnis Deutschland eine alte Debatte neu belebt – und wie die Reaktionen ausfallen

VON FELIX WENDLER

Bremen. Bremen soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass zukünftig auch Fahrräder ein Kennzeichen tragen müssen. Das fordert die Fraktion Bündnis Deutschland (BD). Einen entsprechenden Antrag will das BD nach eigenen Angaben in den Landtag einbringen. Zum Anlass nimmt die Fraktion eine Kampagne gegen sogenannte Geisterfahrer, die auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke und an vielen anderen Orten in Bremen regelmäßig die falsche Seite befahren.

Für das BD sind die Geisterfahrer auf der Brücke nur ein Teil des Problems. „Leider beobachten wir immer häufiger, dass sich einige Radfahrer nicht an die Straßenverkehrsordnung halten und so im schlimmsten Fall Unfälle mit anderen Verkehrsteilnehmern verursachen“, sagt Julia Tiedemann, verkehrspolitische Sprecherin der BD-Fraktion.

Radfahrer missachteten rote Ampeln, Tempolimits und Vorfahrtsgelände. Kennzeichen am Fahrrad würden ihrer Ansicht nach dabei helfen, Verkehrsverstöße besser ahnden zu können und die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. „902 verletzte Personen im Jahr 2023 sind eindeutig zu viel“, betont Tiedemann. Über das Verhalten der

Radfahrer sagt zumindest diese Zahl wenig aus, weil sie erstens alle Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern in Bremen umfasst, also zum Beispiel auch die Konstellation Auto-Fahrrad. Zweitens geht daraus nicht hervor, wer den Unfall verursacht hat.

Andere Zahlen verdeutlichen aber durchaus, dass Radfahrer mit ihrem Verhalten stark zum Unfallgeschehen beitragen. Rund die Hälfte der Unfälle, an denen in Bremen Radfahrer beteiligt sind, werden auch durch Radfahrer verursacht. Das zeigt unter anderem die Senatsantwort auf eine FDP-Anfrage aus dem Jahr 2023. Während das Fahren auf der falschen Seite demnach eher selten zu Unfällen führt, sind Abstands- und Rotlichtverstöße die häufigsten Ursachen. Auch falsches Verhalten gegenüber Fußgängern spielt in der Statistik eine Rolle.

Geringer Anteil an Fahrerflucht

An den gemeldeten Unfallfluchten haben Radfahrer einen geringen Anteil – 2022 waren es laut Polizeistatistik etwa 100 von insgesamt rund 4500 Fällen. Dass allerdings sehr viele Verkehrsverstöße – vor allem, wenn sie nicht zu Unfällen führen – keinen Eingang in die Statistik finden, ist bekannt. Ließe sich das durch Kennzeichenpflicht ändern? Mehr Personal zur Verkehrsüberwa-

chung gäbe es dadurch nicht, weshalb in vielen Fällen Zeugen gefragt wären. Tiedemann wiederum setzt neben Nachverfolgung auch darauf, dass allein das Wissen um eigene Erkennbarkeit das Verantwortungsbewusstsein der Radler stärkt.

Der ADFC kann der Debatte, die nicht zum ersten Mal geführt wird, wenig abgewinnen. Frauke Maack vom Bremer Landesverband betont, dass sich die Unfallstatistiken in den vergangenen Jahren kaum verändert hätten. Tatsächlich schwanken die Unfallzahlen mit Fahrradeteiligung seit 2020 jährlich nur leicht. Ein zunehmend rücksichtsloseres Verhalten von Radfahrern sieht Maack nicht. Entsprechend gibt es ihrer Ansicht nach keinen Anlass, jetzt über eine Kennzeichenpflicht zu diskutieren.

Das tragende Argument gegen eine solche Vorgabe ist für den ADFC und andere Kritiker jedoch der bürokratische Aufwand. 80 bis 90 Millionen Fahrräder gibt es verschiedenen Schätzungen zufolge in Deutschland. Selbst wenn davon etliche in Kellern und Schuppen verrotten, müssten Behörden bei der Vergabe von Kennzeichen für die tatsächlich genutzten Fahrräder Höchstleistungen vollbringen. Maack sieht viele weitere Fragen: Wie und auf wen würde zum Beispiel ein Kinderfahrrad registriert? Die

ADFC-Vertreterin erinnert daran, dass die Schweiz ihre Velo-Vignette 2011 wegen des hohen Verwaltungsaufwands abgeschafft hat.

Tiedemann hält dagegen: Eine Kennzeichenpflicht könne langfristig zu weniger Unfällen führen – und so den Personalbedarf bei Polizei und Ordnungsamt senken. „Auch die fortschreitende Digitalisierung würde den bürokratischen Mehraufwand massiv reduzieren“, sagt die Verkehrspolitikerin. Es gehe um „die körperliche Unversehrtheit der Bürger“, die nicht an einem möglichen Verwaltungsaufwand scheitern dürfe.

In der Bremer Verkehrsbehörde findet der BD-Vorstoß wenig Anklang. Eine Kennzeichenpflicht sei eine „zusätzliche Einstiegschürde“ für viele Menschen, die über die Anschaffung eines Fahrrads nachdächten, erklärt Alexander Hajek aus dem Referat für Fahrzeugtechnik und Fahrzeugzulassungsrecht. Zudem wäre auch nach Behördenansicht damit „die Schaffung eines neuen Bürokratiemonsters“ verbunden. Die Haftungsfrage spricht für Hajek ebenfalls dagegen: Weil nicht der Halter, sondern der Fahrer rechtlich verantwortlich ist, würde es ihm zufolge bei einem Verstoß nicht reichen, das Kennzeichen zu notieren – notwendig sei ein Foto des Fahrers.

Bremen hält an Umweltzone fest

26.03.2025, WESER-KURIER

Bürgerschaft lehnt FDP-Vorstoß ab

VON FELIX WENDLER

Bremen. Bremen hält weiterhin an der im Jahr 2009 eingeführten Umweltzone fest. Die Stadtbürgerschaft hat am Dienstag einen Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt, in dem die Liberalen eine Abschaffung der Zone fordern. Die FDP sieht vor allem mit Verweis auf die zunehmende Anzahl emissionsärmerer Autos keine Grundlage mehr für diese Beschränkung.

„Seit 2017 wurden alle relevanten Grenzwerte sowohl an den Hintergrundmessstationen als auch an den Luftmessstationen an stark befahrenen Straßen eingehalten“, heißt es in dem Antrag. Die Fraktion verweist zudem auf andere Städte, die ihre Umweltzonen aus dem gleichen Grund abgeschafft haben – unter anderem Hannover. Bremen muss nach Ansicht der Liberalen „unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen“ folgen.

Gesundheitsgefahr durch Schadstoffe

Die Regierungskoalition sieht das anders. Sie verweist auf schärfere europäische Grenzwerte, die von 2030 an gelten. Ralph Saxe (Grüne) betonte in der Debatte, dass Luftschadstoffe das Gefährlichste am Straßenverkehr seien. Die Werte seien „noch nicht gut genug“ für eine Abschaffung der Umweltzone. Tim Sültenfuß (Linke) verwies darauf, dass Vorschriften notwendig seien, um die Autohersteller zum Einhalten von Umweltstandards zu bewegen.

Auch die neuen EU-Grenzwerte würden bereits jetzt größtenteils eingehalten, argumentierte Marcel Schröder, klimapolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Dem widersprachen Derik Eicke (SPD) und Umweltsenatorin Kathrin Moosdorf (Grüne) mit Verweis auf Tagesmittelwerte an einzelnen Stationen in Bremen. Schröder wiederum führt das in diesem Jahr vor allem auf die Wetterlage zurück.

Der FDP-Politiker sprach davon, ein Zeichen zu setzen, indem man nicht mehr benötigte Vorschriften auch wieder zurücknehme. Er plädierte dafür, die Notwendigkeit von älteren Gesetzen regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Unterstützung fand der FDP-Antrag bei der CDU und Bündnis Deutschland. Piet Leidreiter (BD) und Hartmut Bodeit (CDU) hoben unter anderem die Vorteile der Entbürokratisierung vor.

26.03.2025, Radio Bremen

Streit um Rüstungsexporte: Harsche Kritik an Bremens Wirtschaftssenatorin



Bild: Radio Bremen

26.03.2025, WESER-KURIER

Koalition verteidigt Reformprozess

Sozialamt: Opposition sieht Führungs- und Staatsversagen und fordert schnelleren Behördenumbau

VON TIMO THALMANN

Bremen. Es lief noch die Fragestunde der Bremer Stadtbürgerschaft, als sich am Dienstag kurz vor 15 Uhr plötzlich die Besucherränge des Parlaments füllten. Mehrere Dutzend Mitarbeiter sowie Mitglieder des Personals des Bremer Amtes für Soziale Dienste (AFSD) nahmen dort Platz, denn ihre Behörde war Gegenstand der folgenden Aktuellen Stunde. „Unklare Zuständigkeiten, Millionenverluste, fehlendes Controlling – erneut anderthalb Jahre vertan. Wie lange schaut der Senat Bovenschulte bei der AFSD-Baustelle noch zu?“ lautete die Beschreibung des von der CDU-Fraktion eingereichten Themas.

Damit war in gewisser Weise zugleich auch eine leicht zugespitzte Tonlage gesetzt. Denn schon die Darstellung der Behörde als Dauerbaustelle wiesen die Vertreter der Koalitionsparteien grundsätzlich zurück, während die Oppositionsparteien teilweise noch größere Keulen herausholten. Piet Leidreiter vom

„Es gibt kein Erkenntnis,
sondern ein
Umsetzungsproblem.“

Sandra Ahrens, CDU

Bündnis Deutschland sprach von einem „Staatsversagen in Zeitlupe“, einem „Kontrollverlust auf ganzer Linie“ und Sandra Ahrens (CDU) prangerte ein „Führungsversagen auf allen Ebenen“ an.

Anlass der Debatte war der 85-seitige Zwischenbericht einer externen Organisationsuntersuchung des Amtes. Das Hamburger Beratungsunternehmen „Con-Sens - Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH“ hatte ihn vorgelegt. Seit Mai 2024 durchleuchtet es im Auftrag der Sozialsenatorin, wie die Behörde arbeitet und organisiert ist, seit dort Jugend- und Sozialamt integriert wurden. Das bedeutet in der Praxis: Zahlreiche Gespräche, Gruppeninterviews und Workshops mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um zu verstehen, wie der Alltag im Amt funktioniert oder eben auch häufig nicht funktioniert.

Denn der Auftrag an die Hamburger Experten war eine Reaktion auf den Fund von über 4000 teilweise unbearbeiteten Akten im Sozialzentrum in der Vahr. Sie entpuppten sich nach Untersuchungen der Innenrevision unter anderem als offene und teilweise verjährte Forderungen aus dem Bereich der Unterhaltsvorschüsse, die sich auf einen Gesamtschaden von rund 2,24 Millionen Euro summierten. Der ist vor allem dadurch entstanden, dass andere Jugendämter nicht rechtzeitig als Kostenträger für Maßnahmen der Jugendhilfe in Bremen herangezogen worden sind.

Für Sandra Ahrens nur einer von vielen Vorfällen, der den desolaten Zustand der Behörde belegt. Mehrfach führte sie über 1000 Belastungsanzeigen der Beschäftigten an, die in den vergangenen zehn Jahren angefallen seien. Der jetzt vorliegende Bericht belegt aus ihrer Sicht nur einmal mehr, dass es so nicht weitergehen kann. Allerdings wisse man das schon aus den Berichten der Innenrevision. „Die strukturellen Defizite sind hinlänglich dokumentiert: Es gibt kein Erkennt-

nis-, sondern ein Umsetzungsproblem“, sagte sie in der Bürgerschaft. Durch die Organisationsuntersuchung seien abermals anderthalb Jahre tatenlos verbracht worden.

Das sahen SPD, Linkspartei und Grüne anders und kritisierten ihrerseits das Verhalten der CDU und von Ahrens. Katharina Kähler (SPD) widersprach vehement dem Vorwurf, es sei nichts geschehen. „Es gab selbstverständlich nach dem Aktenfund Empfehlungen der Innenrevision, denen das Sozialressort gefolgt ist.“ Dabei sei man sich mit der Opposition zugleich einig gewesen, dass es sich dabei eher um kurzfristige Lösungen gehandelt habe. „Genau deswegen hat ja zum Beispiel ihr Kollege Heiko Strohmann (CDU) hier in der Bürgerschaft eine externe Untersuchung der Behörde gefordert“, erinnerte

Kähler.

Das sei ja auch richtig, denn um ein Amt mit über 1000 Mitarbeitenden zu reformieren, brauche es das Vertrauen dieser Beschäftigten in einen geordneten Prozess. „Jetzt haben wir diese externe Begutachtung, jetzt sind wir in diesem Prozess, jetzt müssen sie auch aushalten, dass das seine Zeit braucht.“ Mehrfach wiesen Kähler und andere Sprecher der Koalitionsparteien zudem darauf hin, dass es für diesen Auftrag an die Experten von außen einen einstimmigen Beschluss der Sozialdeputation gab. Ahrens selbst habe dem zugestimmt, wolle aber jetzt die Ergebnisse nicht abwarten.

Sozialsenatorin Claudia Schilling (SPD) stellte deswegen eine „Inkonsistenz der Opposition“ fest und wies die Forderung nach

umgehenden Strukturreformen „mit der Brechstange“ etwa zu einem wieder eigenständigen Jugendamt zurück. Da war sie allerdings nicht ganz bei dem aktuellen Geschehen. Zwar hatte die CDU in der vorigen Woche eine entsprechende Presseerklärung verschickt, aber in der aktuellen Debatte war sie an dieser Stelle wieder zurückgerudert. Im zugehörigen Dringlichkeitsantrag der Christdemokraten heißt es zwar weiterhin, der Jugendamtsleiter muss die Dienst- und Fachaufsicht für seine Mitarbeitenden eigenständig ausüben können und die Verantwortlichkeiten zwischen Jugendamt, Sozialamt und der senatorischen Behörde müssen eindeutig geregelt werden. Aber: „Dies kann auch ohne eine vollständige Trennung der Ämter erreicht werden.“



Die Zukunft des Amtes für Soziale Dienste war Thema in der Bremer Bürgerschaft.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Mecklenburger Weg **BD-Fraktion: Maßnahmen längst nötig**

26.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Bremerhaven. Die Verkehrssicherheit im Mecklenburger Weg sorgt weiter für Diskussionen. Anwohner und Eltern kritisieren rücksichtsloses Fahrverhalten, insbesondere vor Schulen. Bereits 2024 forderte Bündnis Deutschland (BD) eine Lichtsignalanlage und mehr Kontrollen, doch der Bauausschuss lehnte den Antrag mehrheitlich ab, wie die Partei jetzt mitteilt. „Nun versucht sich Herr Welt (SPD) als Fürsprecher besorgter Bürger“, kritisiert Rüdiger Stark, baupolitischer Sprecher bei der BD-Fraktion. Die SPD habe ihre Haltung geändert, aber Maßnahmen seien längst nötig gewesen. „Eine Tempo-30-Zone lehnen wir ab, da sich bereits vorhandene Geschwindigkeitsbeschränkungen als ineffektiv herausgestellt haben.“ (pm/axt)

Das Land will die Baustandards anpassen

VON FELIX WENDLER

Wie kann in Bremen dringend benötigter Wohnraum entstehen? Ein wichtiger Faktor ist die Landesbauordnung (LBO), die durch ihre Vorgaben beeinflusst, ob und wie schnell Bauvorhaben realisiert werden können. Der Bremer Landtag hat sich am Mittwoch darauf verständigt, die Abläufe im Bauplanungsprozess zu reformieren. Es geht dabei vor allem um die Bestandsverdichtung. Ein entsprechender Antrag der rot-grün-roten Koalition wurde einstimmig beschlossen.

Im Kern will sich Bremen zukünftig an der niedersächsischen LBO orientieren, die insbesondere mit Bezug auf Umbauten als vorbildlich angesehen wird. Konkret geht es vor allem darum, Vorgaben zu reduzieren, die als Bauhindernisse gelten. Ein Beispiel ist der Schallschutzstandard, der in Bremen bislang die bundesweiten Regelungen übererfüllt. Er soll in der neuen LBO reformiert werden. Darauf habe man sich verständigt, sagte Sofia Leonidakis (Linke), die aber den Ursprungsgedanken der strengeren Grenzwerte im Sinne des Gesundheitsschutzes verteidigte.

Anträge sollen digital werden

Die Koalition verwies auf die Bedeutung der Bestandsentwicklung. Man habe lange „im Neubaumodus gesteckt“, was aber nicht mehr zeitgemäß sei, sagte Bithja Menzel (Grüne). Es gehe vor allem um mehr Wohnraum in bestehenden Quartieren. Realistische Anforderungen seien zum Beispiel beim Umbau von Büro- zu Wohngebäuden notwendig, betonte Falk Wagner (SPD). Ein bestehendes Gebäude müsse nach dem Umbau nicht mehr können als vor dem Umbau, konstatierte Bausenatorin Özlem Ünsal.

Die Opposition begrüßte den Antrag, wünscht sich aber einen noch ambitionier-

teren Abbau von Vorschriften. So müsse der Bremer Standard, der zum Teil über Bundesvorschriften hinausgeht, zumindest für einige Jahre ausgesetzt werden, forderte Julia Tiedemann (BD).

Aussagen zum Bremer Standard vermisste auch Fynn Voigt (FDP). Man werde genau beobachten, was letztendlich Eingang in die LBO finde. Oguzhan Yazici (CDU) hätte sich nach eigener Aussage bereits ein Gesetz zur Abstimmung gewünscht. Voraussichtlich Anfang 2026 sollen die Anpassungen der LBO laut Ünsal beschlossen werden.

Entfallen soll in der neuen LBO auch die Pflicht, bei der Aufstockung von Gebäuden bestimmter Höhe einen Aufzug nachzurüsten. Vorgesehen ist zudem, den „digitalen Bauantrag noch in diesem Jahr zum Standardvorgang zu machen“. Yazici bezeichnete diesen Zeitplan als „ambitioniert“.



Mehr Wohnraum durch weniger Vorgaben ist die Devise. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

27.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

27.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Beschimpft und geschlagen

Bürgerschaft debattiert über zunehmende Gewalt gegen medizinisches Personal – Die Dunkelziffer ist hoch

VON DENISE VON DER AHÉ

Bremerhaven. Immer mehr wütende Patienten; Gewalt und Aggression in Arztpraxen und Kliniken nehmen auch in Bremerhaven und Bremen zu. Woran liegt das? Einigen Rettern reicht es jedenfalls. Sie haben deswegen gekündigt.

Eine Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts von April 2024 ergab: 24 Prozent der befragten Kliniken meldeten Kündigungen aufgrund von Gewalt gegenüber Beschäftigten. Fast jeder Zweite gab in einer Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in Arztpraxen an, dass körperliche Gewalt in den vergangenen fünf Jahren zugenommen habe. 80 Prozent haben im Jahr 2023 Beschimpfungen, Beleidigungen oder Drohungen erlebt – häufig mehrfach. „Tatort“ sind nicht immer die Praxisräume, auch am Telefon oder im Internet verzeichnen viele einen rauerer Ton. Von den Betroffenen haben 14 Prozent aufgrund der Vorkommnisse die Polizei eingeschaltet und Anzeige erstattet.

„Gewalt gegenüber Beschäftigten im Gesundheitswesen ist ein absolutes No-Go“, sagte Bremens Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard (Die Linke) am Mittwoch in der Bürgerschaft. „Gleichzeitig nehmen diese verbalen, aber auch körperlichen Angriffe gegenüber medizinischem Personal zu. Das darf nicht bagatellisiert werden. Wir müssen das mit extremer Wachsamkeit beobachten und dringend dagegen vorgehen. Das tun wir zum Teil auch schon.“ Die Datenlage sei schwierig. Erforderlich sei, dass Angriffe konsequent zur Anzeige gebracht werden. Es gibt jedoch noch eine hohe Dunkelziffer, Bernhard betonte,



Liegt es an langen Wartezeiten und an der Verrohung der Gesellschaft? Die Bürgerschaft debattierte am Mittwoch über zunehmende Gewalt gegen medizinisches Personal. Foto: Gollnow/dpa

„Gewalt gegenüber Beschäftigten im Gesundheitswesen ist ein absolutes No-Go.“

Gesundheitssenatorin
Claudia Bernhard

das bislang außerdem eine Ursachenanalyse fehle. Es müsse genau untersucht werden, in welchen Situationen es zu welchem Vorfall komme.

„Menschen, die Schmerzen haben, Sorgen haben, unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen stehen, treffen auf ein Sys-

tem, das an seine Grenzen kommt“, sagte Bernhard. Daher sei es umso wichtiger, Patientenströme effektiver umzuleiten. Bernhard warnte in Richtung Bündnis Deutschland davor, „Sündenböcke“ für das Gewaltproblem zu suchen. Das werde die Gewalt eher weiter befeuern.

SPD: Verrohung war schon vor 2015 feststellbar

Zuvor hatte der BD-Bürgerschaftsabgeordnete Piet Leidreiter „eine rigorose Abschiebung“ gefordert: „Wenn wir die Situation im Gesundheitswesen ernsthaft verbessern wollen, dürfen wir uns davor nicht scheuen, klare Konsequenzen

zu ziehen.“ Dafür erntete er nicht nur von der CDU-Abgeordneten Wiebke Winter scharfe Kritik. Leidreiter's Forderung, dieser Gewalt mit mehr Abschiebung begegnen zu können, sei „völlig falsch“, entgegnete Winter. „Sie sehen vor allem die andere Seite der Medaille nicht, dass unser Gesundheitsbereich kaum noch funktionieren würde, wenn wir nicht all diese Menschen hätten, die nach 2015 in unser Land gekommen sind.“

Die Verrohung in unserer Gesellschaft sei bereits vor der Migrationswelle 2015 feststellbar gewesen, betonte auch die SPD-Abgeordnete Ute Reimers-Bruns.

Angestoßen wurde die Debatte von der FDP-Bürgerschaftsfraktion, die eine Große Anfrage an den Senat gestellt hatte. Der Senatsbericht habe „die alarmierende Realität“ offengelegt, „dass medizinisches Personal in Bremerhaven und Bremen tagtäglich von Aggression und Gewalt betroffen ist“, sagte der FDP-Abgeordnete Ole Humpich.

„Aggressionen und Übergriffe auf medizinisches Personal nehmen in Arztpraxen, Krankenhäusern, vor allem in den Notaufnahmen, und im Rettungsdienst zu. Diese Entwicklung in der Gesellschaft ist mehr als besorgniserregend.“

Kontroverse um Rüstungsstandort

VON JÜRGEN THEINER

Sollte Bremen mehr tun, um die Standortbedingungen für die Rüstungsindustrie zu verbessern? Die CDU sieht das so. Sie hat die jüngsten bundespolitischen Entscheidungen zur Lockerung der Schuldenbremse bei den Verteidigungsausgaben und für ein milliardenschweres Infrastrukturpaket zum Anlass genommen, die Fragestellung in der Bürgerschaft aufzuwerfen. Am Mittwoch wurde darüber in einer Aktuellen Stunde debattiert. Die Absicht der CDU war klar: Sie wollte die Aufmerksamkeit auf die Risse lenken, die sich in der Sicherheitspolitik durch das rot-grün-rote Regierungsbündnis ziehen. Denn sowohl in der Partei als auch in der Bürgerschaftsfraction der Linken hatte es in der vergangenen Woche erhebliche Vorbehalte gegen das Bremer Ja im Bundesrat zu mehr Geld für die Rüstung gegeben. Das Kalkül der CDU ging zumindest ansatzweise auf. Obwohl sich die Sprecher von SPD, Grünen und Linken bemühten, allzu deutliche Dissonanzen zu vermeiden, waren unterschiedliche Akzente nicht zu überhören.

Die CDU-Abgeordnete Theresa Gröninger machte ihre Kritik am Senat an einem Vortrag fest, der schon mehrere Monate zurückliegt und über den am Dienstag Radio Bremen berichtete. Demnach hatte sich Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke) einem gemeinsamen Appell der norddeutschen Wirtschafts- und Verkehrsminister an den Bund verschlossen, die Verteidigungsfähigkeit im Bereich der Infrastruktur zu stärken. In dem Positionspapier, das nur Vogt nicht unterzeichnete, wurden höhere Investitionen des Bundes in die Häfen sowie in Straßen, Schienen und Brücken gefordert, um Deutschland im Ernstfall „operationsfähig“ zu machen. Auch Rüstungsexporte sollten erleichtert werden. Aus Gröningers Sicht stellt Vogts Weigerung „staatspolitisches Versagen“ dar.

In Häfen investieren

Die CDU-Wirtschaftspolitiklerin forderte: Bremen müsse jetzt alle Anstrengungen darauf richten, einen möglichst hohen Anteil der auf Bundesebene bereitgestellten Mittel in den Stadtstaat zu holen. Das Geld müsse unter anderem investiert werden, um die Häfen im Kriegsfall funktionsfähig zu halten. An Bürgermeister Andreas Bovenschulte und seine SPD appellierte Gröninger: „Lassen Sie sich nicht von den Linken am Nasenring durch die bundespolitische Manege treiben.“ Volker Stahmann (SPD) nahm Vogt in Schutz. Man müsse ihr zugestehen, dass sie das Thema der Rüstungsexporte kritischer sehe als ihre Amtskollegen im Norden. Die



In Bremerhaven probte die Bundeswehr im September vergangenen Jahres die Verteidigung von Hafenanlagen – ein Spiegel der veränderten Sicherheitslage. FOTO: BJÖRN STRUSS

Bremer Wirtschaftsbehörde leiste viel für die expandierende Rüstungsindustrie, die in Bremen mit Firmen wie OHB, Lürssen, Airbus, Atlas Elektronik oder Rheinmetall vertreten ist. Die Wirtschaftsförderung unterstütze solche Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Flächen und Räumlichkeiten, genau wie andere Gewerbebetriebe. Der Grünen-Wirtschaftspolitikern Emanuel Herold ging auf die Forderung der CDU nach einer Abschaffung der sogenannten Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz ein. Sie ermöglicht es den Hochschulen, jede Beteiligung an Forschung für militärische Zwecke auszuschließen. Die Forderung, über die Zivilklausel zu diskutieren, sei berechtigt, urteilte Herold. Gewissensfreiheit und Hochschulautonomie seien allerdings hohe Güter, die trotz „Zeitenwende“ nichts von ihrer Berechtigung verloren hätten.

Für das Bündnis Deutschland forderte Sven Schellenberg eine Verbesserung der Standortbedingungen für die Verteidigungsindustrie. Staatlicherseits könne da viel geleistet werden – angefangen bei der Modernisierung der Infrastruktur der Häfen und Flughäfen über die Fachkräftesicherung bis zum Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen. Thore Schäck (FDP) hielt einen Mentalitätswandel im Verhältnis zur Rüstungsindustrie für nötig. Die Unternehmen dieser Branche müssten sich in Bremen willkommen fühlen. An einer Stärkung dieses Industriezweiges führe angesichts der grundlegend veränderten weltpolitischen Lage kein Weg vorbei. Klaus-Rainer Rupp (Linke) gestand zwar zu, dass es um Deutschlands Verteidigungsfähigkeit tatsächlich nicht gut bestellt sei. Ihm sei aber nicht wohl dabei, wenn nun neuerdings stän-

dig über „Kriegsfähigkeit“ diskutiert werde. Rüstungspolitik als Instrument regionaler Wirtschaftsförderung zu begreifen, habe sich in der Vergangenheit nicht bewährt.

Bürgermeister Bovenschulte bekannte sich zu Bremen und Bremerhaven als „starken Standorten der Verteidigungsindustrie“. Er fügte hinzu: „Ich begrüße ausdrücklich, dass wir diese Wertschöpfung in Bremen haben.“ Auch sei es wichtig, Deutschlands Verteidigungsfähigkeit durch eine robuste Infrastruktur der Häfen zu stärken. Er setze daher darauf, dass Mittel aus den jetzt eingerichteten Sondertöpfen des Bundes für diesen Zweck eingesetzt werden. Bei manchen Passagen von Bovenschultes Rede regte sich bei den Linken keine Hand zum Applaus. Dass man in ihren Reihen mit dem Rüstungsstandort Bremen erhebliche Probleme hat, konnte niemandem verborgen bleiben.

Mehr Menschen mit Anspruch auf Sozialwohnungen

VON LISA DUNCAN

Das Land Bremen will künftig mehr Menschen ermöglichen, in Sozialwohnungen zu leben. Das hat das Landesparlament am Mittwoch beschlossen. Vorangegangen waren eine Anfrage und ein Antrag der rot-grün-roten Koalition an die Bürgerschaft, der mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken sowie der FDP mehrheitlich angenommen wurde. Gegenwind bekam der Vorstoß von den anderen Oppositionsparteien, CDU und Bündnis Deutschland (BD).

Wer war bisher berechtigt, in einer Sozialwohnung zu leben?

Wer wenig Geld hat und daher nur eine geringe Miete zahlen kann, erhält in Bremen und Bremerhaven einen Wohnberechtigungsschein (WBS), im Volksmund B-Schein, und hat damit Anspruch auf geförderten Wohnraum. Dafür lag die Einkommensgrenze für Ein-Personen-Haushalte bei einem Jahresgehalt von 12.000 Euro, für Zwei-Personen-Haushalte bei 18.000 Euro im Jahr – eine Regelung, die seit 2006 besteht. Doch wie die Koalition in ihrem Antrag schreibt, seien diese Grenzwerte aufgrund steigender Mieten und Lebenshaltungskosten nicht mehr zeitgemäß. Wer in Vollzeit zum Mindestlohn arbeite, erziele bereits ein Jahreseinkommen von 26.000 Euro, sagte Falk Wagner, SPD-Sprecher für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung. Die Einkommensgrenzen müssten aktualisiert werden, um weiter alle Zielgruppen der Wohnraumförderung zu erreichen. Dazu zählten etwa Auszubildende, Studierende, Angestellte mit Mindestlohn, Alleinerziehende und Geflüchtete.

Welche Änderung hat das Landesparlament beschlossen?

Zum einen sollen die Einkommensgrenzen für den WBS „auf der Höhe der Zeit“ festgelegt werden, so Wagner. Dazu soll der Senat einen

Vorschlag vorlegen, der sich an den veränderten Einkommens- und Wohnungsmarktrealitäten orientiere. Zum anderen soll es künftig einfacher werden, einen B-Schein zu beantragen: Die Formulare für die Antragstellung sollen verständlicher formuliert werden sowie mehrsprachig und leicht auffindbar digital abrufbar sein.

Warum haben CDU und BD dagegen gestimmt?

„Wer es mit der sozialen Gerechtigkeit ernst meint, muss auch für sozialen Wohnraum sorgen“, sagte Oguzhan Yazici, CDU-Sprecher für Stadtentwicklung. Den Personenkreis für den WBS zu erweitern, ohne mehr geförderten Wohnraum zur Verfügung zu haben, verschärfe die Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt. Darum profitiere letztlich nicht die alleinerziehende Mutter von der Anhebung der Einkommensgrenze für den B-Schein, sondern „wer sich am besten darstellen kann“. Auch Bündnis Deutschland sieht das Problem vor allem beim Wohnungsangebot. „Wir bauen weniger, als wir benötigen“, sagte die justizpolitische Sprecherin Julia Tiedemann. Die Anzahl der Sozialwohnungen habe sich von 2006 bis 2024 halbiert, gleichzeitig sei die Nachfrage gestiegen.



Die Einkommensgrenze für eine Sozialwohnung soll angehoben werden. FOTO: KUHAUPT

27.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

27.03.2025, Radio Bremen

Bremische Bürgerschaft will "begleitetes Trinken" beenden



Bild: Radio Bremen

28.03.2025, WESER-KURIER

Vorstoß gegen „begleitetes Trinken“

14- und 15-Jährige sollen auch unter elterlicher Aufsicht keinen Alkohol mehr konsumieren dürfen

 VON JÜRGEN THEINER
UND MATHIAS SONNENBERG

Bremen. 14- oder 15-jährige Jugendliche, die im Lokal mit Erlaubnis ihrer Eltern Alkohol trinken: Das soll es nach dem Willen einer großen Mehrheit der Bremischen Bürgerschaft bald nicht mehr geben. Gemeinsam mit der CDU beschlossen die Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und Linken eine Bundesratsinitiative, die das Aus für das sogenannte „begleitete Trinken“ bewirken soll. Ziel ist eine entsprechende Änderung des Jugendschutzgesetzes. Gegenwärtig ist dort geregelt, dass Jugendliche unter 16 Jahren „in Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit“ dann beispielsweise Bier oder Wein trinken dürfen, wenn das unter Aufsicht einer sorgeberechtigten Person geschieht.

Gesundheitspolitiker von Koalition und CDU waren sich in der Debatte einig, dass die gesetzliche Regelung aus dem Jahr 1952 völlig aus der Zeit gefallen sei. Ute Reimers-Bruns (SPD) bezog sich auf neuere wissenschaftliche Erkenntnisse. Demnach können schon sehr geringe Mengen Alkohol für Jugendliche negative gesundheitliche Folgen haben. So belege eine US-Studie ein vierfach erhöhtes Risiko einer Alkoholsucht im späteren Lebensverlauf, wenn Jugendliche vor dem 15. Lebensjahr regelmäßig Alkohol zu sich nehmen. „Da kann es gar keine zwei Meinungen geben“, sekundierte Rainer

**„Wir können ja nicht
die Tische im Lokal
oder der Kneipe beobachten.“**

Oliver Trey, BGG-Vorsitzender

Bensch (CDU). Er rief die Koalitionsfraktionen dazu auf, vor diesem Hintergrund auch noch einmal kritisch über die Teillegalisierung von Cannabis nachzudenken. „Es muss dann wirklich alles auf den Tisch.“

Gesundheitsssenatorin Claudia Schilling (SPD) brachte die Botschaft der Bundesratsinitiative auf einen klaren Nenner: „Bier, Wein und Sekt gehören nicht in die Hände von 14- und 15-Jährigen.“ Während sich die

Freien Demokraten enthielten, positionierte sich Bündnis Deutschland klar gegen einen Bremer Vorstoß in der Länderkammer. Aus ihm spreche pures Misstrauen gegenüber den Eltern. Wer wirklich etwas gegen Alkoholmissbrauch von Jugendlichen unternehmen wolle, müsse an die sozialen Ursachen heran – also etwa Perspektivlosigkeit und fehlende Vorbilder. „Moderner Jugendschutz muss Verantwortung, nicht Vermeidung fördern“, meinte der Abgeordnete Holger Fricke.

In der Bremer Gastronomie-Szene stößt die Initiative von Rot-Grün-Rot und CDU auf ein geteiltes Echo. Oliver Trey, der als Vorsitzender der Bremer Gastro Gemeinschaft (BGG) für viele Betriebe spricht, hält das „begleitete Trinken“ grundsätzlich für kein gro-


 FOTO: ANNETTE RIEDL/DPA
 Ein Glas Sekt mit den Eltern im Restaurant? Das könnte für Jugendliche bald vorbei sein, denn es gibt Pläne, das sogenannte begleitete Trinken zu verbieten.

ßes Thema. „Ich persönlich habe das noch nicht in einem meiner Läden erlebt. Und es ist auch keine Geschichte, die eine hohe Relevanz für den Umsatz in der Gastronomie hat. Denn wenn die 14-Jährigen keine Weinschorle bestellen dürfen, dann bestellen sie eben eine Cola oder Apfelschorle“, sagt Trey, der im Viertel das „Butschern“ betreibt sowie Kneipen am Hulsberg und in der Neustadt.

Für ihn als Gastronom stelle sich aber eine ganz andere Frage bei dem Thema. „Wer übernimmt bei dem Beschluss eigentlich die Kontrollaufgabe? Es kann ja nicht sein, dass auf die Gastronomie weitere Aufgaben zukommen und wir die Kontrollinstanz spielen müssen.“ Natürlich sei es möglich, dass die Wirtseinsätze kontrollierten. Aber was

wäre, wenn der Vater ein Alster bestelle und es dann an seinen 15-jährigen Sohn weiterreiche? „Das werden wir Gastronomen nicht verhindern können“, glaubt der BGG-Vorsitzende. „Wir können ja nicht die Tische im Lokal oder der Kneipe beobachten. Und ich möchte mich da auch nicht einmischen.“

Trey selbst kommt vom Dorf, dort sei das begleitete Trinken sicherlich noch mal ein größeres Thema. Hier in der Stadt komme es eher selten vor, dass Minderjährige in Begleitung ihrer Eltern Alkohol bestellten. „Die finden andere Wege, um an Alkohol zu kommen. Aber ich würde mir als Gastronom auch nicht anmaßen einzugreifen, wenn Vater und Sohn am Tisch sitzen und beide ein Bier bestellen. Das sollten die Eltern

selbst entscheiden, ob das jetzt eine gute Idee ist.“

Auch für Detlef Pauls, Bremens Vorsitzenden des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes, ist das begleitete Trinken kein großes Thema. „Das kommt so gut wie gar nicht vor“, berichtet er. Und überhaupt frage er sich, warum sich die Politik mit diesem Thema beschäftigen. „Am Ende wird alles auf die Gastronomie abgeschoben, weil ich ja einschreiten müsste, wenn ein Minderjähriger in Begleitung seiner Eltern am Bier vom Vater nippt. Wie soll das funktionieren? Ich denke, dass es wichtigere Dinge gibt, um die sich unsere Politiker kümmern sollten.“ Solch ein Beschluss würde mal wieder zu noch mehr Bürokratie führen. Und das könne in der Gastronomie niemand gebrauchen.

„Digitalzwang gibt es nicht“

Antrag der BD-Fraktion abgelehnt



Sieht Senioren mit der zunehmenden Digitalisierung überfordert: Holger Fricke, bildungspolitischer Sprecher des BD.
FOTO: BD

VON LISA DUNCAN

Bremen. Auf dem Smartphone oder Tablet lässt sich mit wenigen Klicks vieles erledigen – vom Arzttermin bis zur Kfz-Anmeldung. Doch in der Digitalisierung sieht die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis Deutschland (BD) die Gefahr, dass ältere Menschen zunehmend abgehängt werden könnten. Unter dem Titel „Zwangsdigitalisierung verhindern – analoge Zugänge zu öffentlichen Dienstleistungen sichern“ stellte die Partei einen Antrag an die Bürgerschaft, der allerdings am Donnerstag mehrheitlich von den anderen Parteien abgelehnt wurde. Die einhellige Begründung: Der Antrag beruht auf falschen Annahmen.

Auch er habe zuerst Zweifel gehabt, sagte Holger Fricke, bildungspolitischer Sprecher bei BD. Überzeugt habe ihn die Tatsache, dass seine schwer erkrankte Schwiegermutter mit der digitalen Vereinbarung von Arztterminen überfordert sei. Um Senioren und Menschen mit Behinderung mitzunehmen, müsse es „die Möglichkeit geben, wichtige Dinge persönlich zu klären“, so Fricke.

„Einen Digitalzwang gibt es nicht“, sagte Marcel Schröder, FDP-Fraktionssprecher für Digitalisierung. In ihrem Antrag verweise BD auf das Onlinezugangsgesetz, das zum Ziel hat, Verwaltungsleistungen auch online anzubieten. „Sie haben das Gesetz nicht richtig gelesen.“ Menschen mit psychischen Erkrankungen falle es mitunter leichter, einen Arzttermin digital zu vereinbaren als zum Hörer zu greifen, sagte Franziska Tell, Grünen-Sprecherin für Digitales. Analoge Termine blieben weiterhin möglich. BD beschwöre ein „künstliches Schreckgespenst“ herauf: Digitalisierung biete kürzere Wege, weniger Wartezeit und sei rund um die Uhr verfügbar, sagte Simon Zeimke, Vorstandsmitglied im CDU-Landesverband.

28.03.2025, WESER-KURIER

28.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

Ein Alkoholverbot für Jugendliche?

Ein Bier mit dem Vater? Die Koalition will das abschaffen - Bündnis Deutschland: Entmündigung der Eltern

VON KLAUS MÜNDELEIN

Bremerhaven. Wenn Papa dabei ist, kann ja nichts passieren. Dann darf auch der jugendliche Nachwuchs mal ein Bier trinken, oder? Wenn der zwischen 14 und 16 Jahre alt ist, ist das sogar erlaubt. Noch. In der Bürgerschaft will eine Mehrheit die Regelung kippen.

Seit 1952 erlaubt das Jugendschutzgesetz das sogenannte „begleitete Trinken“. Sekt, Wein oder Bier: In Begleitung von Eltern oder anderen Sorgeberechtigten dürfen Jugendliche bereits ab 14 Jahren legal Alkohol trinken. Und zwar auch in Gaststätten und in der Öffentlichkeit. Für die Koalitionsfraktionen in der Bürgerschaft ist das eine „völlig aus der Zeit gefallene Regelung“. Mit einem Antrag, der am Donnerstag in der Bürgerschaft beschlossen wird, fordern sie den Senat auf, im Bundesrat diese Erlaubnis zu kippen.

Erhöhtes Risiko für Suchterkrankungen

Laut Ute Reimers-Bruns (SPD) ist schon seit den 90er-Jahren bekannt, dass sich gerade für Jugendliche, die vor dem 15. Lebensjahr regelmäßig Alkohol konsumieren, die Gefahr einer Suchterkrankung im Verlauf des Lebens um das Vierfache erhöht. Die derzeitige Regelung verharmlose die Gefahren von Alkohol. Gerade für Kinder und Jugendliche, deren Gehirn sich noch in der Entwicklung befindet, sei Alkohol eine große Gefahr. Und die Gefahr werde nicht dadurch geringer, dass Erziehungsberechtigte anwesend seien.

In Deutschland kommen die Jugendlichen im Durchschnitt mit 13,8 Jahren in Kontakt mit Alkohol. Laut einer Studie liege der Anteil der 15-Jährigen, die in den vergangenen 30 Tagen



Ein Bier mit dem Vater? Die Koalitionsfraktionen wollen die alte Regelung kippen, nach der Jugendlichen ab 14 Jahren in Begleitung der Eltern Alkohol in Kneipen ausgeschenkt werden darf. Foto: Heutige

Alkohol konsumiert haben, in Deutschland bei über 50 Pro-

zent. Die Koalitionäre haben mit ihrem Verbot auch die Eltern im Blick: „Es ist ihre Aufgabe, Jugendliche so lange wie möglich von Alkohol fernzuhalten“,

heißt es in dem Antrag.

Der Vertreter von Bündnis Deutschland (BD) sieht das anders. Holger Fricke spricht vom „Misstrauen gegenüber den Eltern“. Für ihn ist der Alkoholkonsum für Jugendliche im Schutzbereich der Familie sinnvoll. Das sei etwas anderes als das heimliche Trinken im Park. Wenn der Vater bei der Konfirmation mit dem Sohn ein Bier trinke, sei das in Ordnung. Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen habe andere Ursachen wie familiäre Konflikte oder Perspektivlosigkeit. Die Koalition strebe die gesetzliche Entmündigung der Eltern an.

„Das Thema hat bei uns in der Fraktion für hitzige Diskussionen gesorgt“, gesteht Ole Humpich (FDP). Ihm fehlen bei der Initiative konkrete Maßnahmen, um Alkoholmissbrauch

einzudämmen. Der Anteil der Abhängigen sei hierzulande im Bundesvergleich hoch. Aber immer weniger Abhängige würden die Hilfsangebote nutzen. „Da stimmt was nicht“, sagt er. Seine

Fraktion enthält sich deshalb. Die CDU unterstützt den Antrag von SPD, Grünen und Linken. Rainer Bensch fordert aber, das Problem weiter zu fassen. Nicht nur Alkohol sei ein Problem, auch die Teillegalisierung von Cannabis. Sie führe dazu, dass die Suchtkliniken und die psychiatrischen Kliniken einen Patienten-Zuwachs von 25 Prozent verzeichneten.

Alkoholverbot bei Neujahrsempfängen?

Dass sein Sohn ein Bier bekommen kann, wenn er mit ihm in eine Gaststätte geht, ist für Ralph Saxe (Grüne) „völlig daneben“. Alkohol sei für Heranwachsende Gift, auch in kleinen Dosen. Er erinnert auch an die Vorbildfunktion der Politiker. Dass bei Neujahrsempfängen von Bürgerschaft und Senat Alkohol gereicht werde, sollte man überdenken.

Sozialsenatorin Claudia Schilling (SPD) will jetzt im Bundesrat ans Werk gehen. Ihre Chancen stehen gut. Die Gesundheitsministerkonferenz habe sich bereits im vergangenen Jahr für die Abschaffung des begleiteten Trinkens ausgesprochen, ebenso

Minister Karl Lauterbach (SPD). Schilling will das Jugendschutzgesetz sogar noch umfassender auf den Prüfstand stellen.

28.03.2025, NORDSEE-ZEITUNG

„Eine schiere Provokation“

Innensenator Mäurer verärgert über Tauschaktion für Bezahlkarten von Flüchtlingen – Beifall von der Opposition


 Flüchtlinge tauschen per Karte bezahlte Gutscheine gegen Bargeld. Initiativen stellen sich damit gegen die Bezahlkarte - unter anderem in der Bremer Zionsgemeinde.
 FOTO: PATRICK PLEU / DPA

VON TIMO THALMANN

Bremen. Das Bild gibt es nicht aller Tage in der Bremer Bürgerschaft: Ein sozialdemokratischer Senator ertönt lautstarke Zustimmung bei CDU, FDP und Bündnis Deutschland, während seine eigene und die beiden anderen Regierungsfractionen schweigen. Es waren Ulrich Mäurers (SPD) Einlassungen zu Umtauschaktionen der Bezahlkarte für Flüchtlinge, die zu dieser Situation führten.

Die Karte ersetzt Bargeld für Asylbewerber, doch bei den Umtauschaktionen werden ihnen damit erworbene Einkaufsgutscheine aus Supermärkten durch engagierte Helfer abgekauft – gegen Bargeld. Das ist völlig legal, aber Mäurer nannte es unter dem Beifall der Opposition und der Ruhe in den eigenen Reihen „eine schiere Provokation“, so dass dem Gesetzgeber kaum was anderes übrig bleiben werde, als so etwas künftig zu verbieten oder nur noch Sachleistungen auszugeben.

Dabei war die Bezahlkarte gar nicht das eigentliche Thema der von der CDU beantragten Debatte. Sie hatte einen Dringlichkeitsantrag zum Kirchenasyl eingebracht. Tenor: Rechtsstaat durchsetzen – Missbrauch des Kirchenasyls in Bremen beenden. Hintergrund waren im Dezember vorigen Jahres bekannt gewordene zahlreiche Fälle, bei denen Asylbewer-

ber aus ganz Deutschland Kirchenasyl in Bremen gefunden haben. Viele davon waren schon abschließend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als ausreisepflichtig beschieden worden. Aber über das sogenannte Dossierverfahren der Kirchen wollten sie noch einmal als besonderer Härtefall überprüft werden. Staat und Kirche hatten sich 2015 auf diesen Aufnahmeprozess geeinigt, werfen sich aber wiederholt gegenseitig vor, sich nicht daran zu halten.

Zionsgemeinde in der Kritik

Der Antrag zielte aber auch auf jüngste Aktivitäten in der Zionsgemeinde ab, wo es derzeit – anders als noch im Dezember – zwar keinen konkreten Fall von Kirchenasyl mehr


 Ulrich Mäurer
 FOTO: SINA SCHULDT/DPA

gibt, wohl aber Protestaktionen rund um das Asylrecht, unter anderem den erwähnten Umtausch von Einkaufsgutscheinen, sodass Flüchtlinge dann doch zu Bargeld kommen. CDU-Fraktionschef Frank Imhoff hatte das angeprangert, ebenso wie die jüngste Veranstaltung des Flüchtlingsrates in der Zionsgemeinde, bei der es um mögliche Abschiebungen von Asylbewerbern nach Kroatien ging. Das gilt innerhalb des sogenannten Dublin-Verfahrens als generell rechtens. Es regelt, dass Asyl in der Europäischen Union dort zu beantragen ist, wo der Betroffene sie zuerst betreten hat, also eben unter Umständen in Kroatien.

Bislang gab es jedoch keine Abschiebungen aus Bremen nach Kroatien und schon gar nicht aus einem Kirchenasyl heraus. Deswegen vorsorglich zu protestieren, nach all dem, was in Sachen Kirchenasyl bereits vorangegangen sei, nannte Imhoff „ein starkes Stück“.

Er wies darauf hin, dass es beim Kirchenasyl ausdrücklich nicht darum gehen darf, die rechtsstaatlichen Asylverfahren generell infrage zu stellen oder zu kritisieren. Darum dankte er der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) dafür, sich von den Aktivitäten der Zionsgemeinde zu distanzieren und dort weitere Aktivitäten des Flüchtlingsrates zu untersagen.

Fischer-Lescano irritiert Imhoff

Das wiederum hatte in der vorigen Woche für einen offenen Brief gesorgt, den rund 30 Wissenschaftler unterzeichnet hatten. Kernbotschaft dieses Schreibens: Es gibt ein vorstaatliches Recht des Menschen, seine Rechte überhaupt geltend machen zu können, was innerhalb des Dublin-Verfahrens trotz eines „legalistischen Anstrichs“ nicht immer gewährleistet sei, insbesondere nicht in Kroatien. Dass auch Andreas Fischer-Lescano, Jura-Professur an der Universität Kassel und seit Anfang des Jahres Richter am Bremer Staatsgerichtshof, zu den Unterzeichnern gehört, fand Imhoff aller-

dings „bedenklich“, weil sich nach seiner Ansicht die Verfasser des Briefes über geltendes Recht stellten.

Die Reaktionen von Grünen, SPD und Linken auf den Antrag und Imhoffs Rede setzten unterschiedliche Akzente. Dariush Hassanpour verteidigte für die Linken die Aktionen in der Zionsgemeinde offensiv. Angesichts beständiger Verschärfungen des Asylrechts seit 2014 seien sie dringend notwendig. Kevin Lenkeit (SPD) bezeichnete die Protestaktionen in der Gemeinde dagegen als „Randnotiz“, die durch die CDU viel zu viel Aufmerksamkeit erhalte. Das Kernproblem

eines ausufernden Gebrauchs des als Ausnahme angelegten Kirchenasyls sei ja durch Dialog mit und bisweilen auch „verstärkter Höflichkeit“ des Innenressorts gegenüber der BEK gelöst. Der Antrag sei schlicht „überflüssig“.

Henrike Müller (Grüne) bescheinigte den Christdemokraten ein merkwürdiges Verständnis von Zivilgesellschaft, wenn sie sich über Protestaktionen in und von Kirchengemeinden derart erregte. „Zum Rechtsstaat, den Sie hier so hochhalten, gehört ja auch die Versammlungsfreiheit.“

Für Unruhe und Zwischenrufe der Parlamentarier sorgte dann noch Marcel Schröder (FDP). Er behauptete, die Zionsgemeinde in der Neustadt sei „linksextremistisch unterwandert“.


 Frank Imhoff
 FOTO: KUHAUPT

Pressekontakt (V.i.S.d.P.):
Christopher Albrecht
Pressesprecher



Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND
Marktstraße 12, 28195 Bremen